

GRAPHISCHE PRESSE

ORGAN FÜR DIE INTERESSEN DER LITHOGRAPHEN, STEINDRUCKER, CHEMIGRAPHEN, PHOTOGRAPHEN, LICHT-UND KUPFERDRUCKER, FORMSTECHEP, TAPETEN-U. WACHSTUCHDRUCKER U. VERW. BERUFE.

Abonnement.

Die Graphische Presse erscheint wöchentlich Freitags. Abonnementspreis: 1 Mk. inkl. Zustellung pro Quartal. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Postanstalten. (Post-Ztg.-Kat. No. 3573.) Für die Länder des Weltpostvereins Mk 1,25.

Redaktion:

Paul Barthel, Friedrichshagen-Berlin, Viktoriastraße 8.
Verlag: Otto Sillier, Berlin N. 28, Anklamerstr. 27, I.
Druck und Expedition: Conrad Müller, Scheideitz.
Redaktionsschluss: Sonnabend.

Insertion.

Für die vierspaltige Petitzeile oder deren Raum 30 Pf., bei Wiederholung Rabatt. Für Vereinsmitglieder sowie Vereinsanzeigen 15 Pf. pro Zeile. Beilagen nach Uebereinkunft.

Bekanntmachungen.

Die Umfrage über die vorhandenen Rotationsmaschinen haben nur ein geringer Teil Mitgliedschaften beantwortet und bitten wir die fehlenden Städte um sofortige Beantwortung des Fragebogens. Auch von denjenigen Orten, wo keine Rotationsmaschinen vorhanden sind, bitten wir um entsprechende Mitteilung.

Der Hauptvorstand.

Ferienbewilligungen.

Barmen. Bei der Firma Fritz Josephson wurden sämtliche Angestellten wegen Ferien-Bewilligung vorstellig. Die Firma bewilligte daraufhin bei zweijähriger Beschäftigungsdauer 3 Tage Ferien.

Berlin. Ferien gewähren: W. Greve den Kartographen nach 3jähriger Tätigkeit 3, nach 10jähriger 6 Tage; Gust. Lyon allen 21 Lithographen der Mode- und Katalogabteilung und den Lehrlingen 15 Tage ohne Karenzzeit; Gerlach & Co. den 4 Lithographen für jedes Jahr der Beschäftigung 1 Tag, im ganzen je 2, 3, 4, 6 Tage; Roto-phot: 1 Lithograph (6 Jahre beschäftigt) 8 Tage, 1 Lithograph (4 Jahre beschäftigt) 6 Tage, 1 Lithograph (2 Jahre

beschäftigt) 3 Tage, 1 Lithograph (4 Wochen beschäftigt) 1 Tag; Haasenstein & Vogler den 10 Kollegen der Zeichnerabteilung ohne Karenzzeit je 7 Tage; Feldmüller allen Modezeichnern je 3 Tage.

Danzig. Die Firma R. Gorskalky gewährt dem gelernten Personal (1 Lithograph, 1 Steindrucker, 1 Buchdrucker) 3 Tage Ferien.

Dresden. Nachtrag zur Mitteilung in No. 29: Die Firma Schupp & Nierth gewährt auch den Steindruckern je nach der Dauer der Beschäftigung 2, 4 und 6 Tage Ferien; von 40 Steindruckerkollegen kommen dieses Jahr 27 in Betracht.

Frankfurt a. M. Ferien gewähren außer den in No. 29 genannten Firmen noch: Naumanns Druckerlei 3-8 Tage; Gebr. Fey dem gesamten Personal (auch den Hilfsarbeiterinnen) bei 1 bis 5jähriger Beschäftigung 3, bei mehr als 5jähriger 8 Tage.

Hannover. Die lithograph. Anstalt J. Schreiber bewilligte bei 2jähriger Tätigkeit 3, bei 5jähriger 6 Tage Ferien.

Hirschberg. Die Firma Bote aus dem Riesengebirge gewährt dem gesamten Personal 2 Tage Ferien; von

unseren Kollegen sind 2 dort beschäftigt.

München. Die Tapetenfabrik Fr. Fischer gewährt bei einer Beschäftigung von 1 Jahr 2, 2 Jahren 4, 5 Jahren 6 Tage Ferien.

Gesperrt.

Stellungannahme in allen folgenden Firmen zieht den Verlust der Mitgliedschaft nach sich.

Für Lithographen, Steindrucker usw.: Berlin. Der gegnerische Arbeitsnachweis bei S. Herrmann.

Angerer (für Kupferdrucker). Köln a. Rh. Witte & Co. Itzehoe. Martin Koop (für Formst.). Kötzschenbroda bei Dresden. Robert Mittelbach, Kunstanstalt Globus (für alle Berufsgruppen).

Langenhagen b. Hannover. Norddeutsche Tapetenfabrik, Inh. Hölischer & Breimer (für Tapetendrucker).

Lichtenberg (Oberfranken).

Für Chemigraphen:

Berlin. Chemnitz. A. Jülich; Köhler & Richter. Dresden. Mittelbach; C. Schemmel; Stengel & Co.; Mejo & Markert.

Erfurt. Ohlenrot'sche Buchdruckerei. Hamburg. Nelles & Komp.

Leipzig. Mejo & Springer; C. Wittstock.

Stuttgart. Gebr. Rößle; Aug. Krämer. Im Ausland:

Belgien. Firma La Lithographie Artistique, Deseclee De Brouwer Cie, Brüges.

Dänemark. Kopenhagen (Kupferdr.). A. Jakobsen-Kopenhagen (Chem.).

Holland. Krommenie: Verwers Metaal-drukkery (Lithogr. und Steindr.).

Norwegen. Stavanger. (Lith. u. Strdr.).

Oesterreich. Lemberg. Krukau. Firma Zorza.

Prag-Lieben. M. Grab Söhne, Wachs-tuch- und Linoleumdrucker.

Rußland. Grodno: Vor Stellungannahme Erkundigung einzuziehen bei H. Leopold, Steffin, Heinrichstr. 41, II.

Schweiz, für Chemigraphen wegen Ein- und Durchführung des Tarifs.

Ausgeschlossen

wurden nach § 9, Abs. 2c des Statuts: Georg Haberkern, Lithograph, Buch-No. 22233, z. Z. in Berlin; Petrus Trossel, Chemigraph, Buch-No. 23870, z. Z. in Köln a. Rh.

Inhalt.

Hauptteil: Bekanntmachungen. Die deutschen Arbeitersekretariate im Jahre 1908. Rundschau. Generalversammlungen und Kongresse. Aus den Berichten der Gewerbeinspektionen, I. (Schluß). Briefkasten. — Allgemeines: Aus dem Fachverband der Steindruckunternehmer. Brief aus Eßlingen. Aus den Sektionen: Crefeld. — Der Lithograph: Die Sprache des Diktators! — Der Steindrucker: Aus den Sektionen: Leipzig. — Photogr. Mitarbeiter: Anregungen zur Photographengehilfen-Konferenz. Photographische Gratisvergrößerungen. Aus den Sektionen: Dresden. — Die Tapetenbranche: Aus den Sektionen: Eilenburg, Leipzig. — Feuilleton: Die Funktionen der Haut. Eingänge. — Anzeigen:

Die deutschen Arbeitersekretariate im Jahre 1908.

In Nr. 26 der »Gr. Pr.« wurde die Statistik der General-Kommission der Gewerkschaften Deutschlands über die deutschen Gewerkschaftskartelle im Jahre 1908 behandelt. Heute soll die Statistik über eine der wichtigsten Einrichtungen der Kartelle, über die deutschen Arbeitersekretariate im Jahre 1908, die in Nr. 5 der »Statistischen Beilage des Korrespondenzblatts« erschienen ist, eingehend gewürdigt werden. Der Statistiker F. Gutschmidt leitet sie mit folgenden Sätzen ein:

Eine alte Fabel berichtet von einem Richter, der einen Geizhals verurteilte, seinem Arbeitspferde das Gnadenbrot bis an sein Lebensende zu geben, nachdem es alt und gebrechlich seinem Herrn auch die geringsten Dienste nicht mehr leisten konnte. Die heutige Gesellschaftsordnung hat aus dieser Fabel eine Unwahrheit gemacht. Alt und verbraucht oder durch einen Unfall vor der Zeit invalid, wird selbst dem Arbeiter das vorzuenthalten versucht, was jener gerechte Richter dem Arbeitspferde gewährte.

Ein Lied von der Wahrheit dieser Behauptung können gerade unsere Arbeitersekretariate singen, deren Tätigkeit auch im letzten Jahre wieder eine bemerkenswerte Ausdehnung erfahren hat. Auch die Zahl der Sekretariate hat

wieder zugenommen; sie stieg von 96 Ende 1907 auf 103 Ende 1908. Für die Unterhaltung der Sekretariate werden in 38 Orten von den Gewerkschaftsmitgliedern besondere Beiträge erhoben, die sich zwischen 120 und 160 Pf. jährlich für jedes Mitglied bewegen. 12 Sekretariate unterhält der Bergarbeiterverband. Von der Generalkommission werden 2 Sekretariate vollständig, 2 weitere fast ganz unterhalten. An 39 Orten werden die Kosten aus der Kartellkasse gedeckt, an 5 von diesen 39 Orten zahlen die Mitglieder nebst dem besondere Beiträge, in einem dieser Orte werden außerdem Beiträge von den beteiligten Organisationen geleistet. Durch besondere Beiträge der beteiligten Organisationen werden die Kosten für das Sekretariat an 20 Orten aufgebracht. Von diesen Orten erheben 2 nebst dem noch von den Mitgliedern besondere Beiträge, an einem Ort wird außerdem noch ein Beitrag von der Kartellkasse geleistet. Zur Unterhaltung der Sekretariate tragen ferner bei bzw. zahlen bestimmte Zuschüsse an 37 Orten die Parteiorganisationen, an 8 Orten verschiedene Arbeiterunternehmungen. Zuschüsse aus Staats- und Gemeindemitteln erhalten die Sekretariate Bant und Gotha. Das Sekretariat Coburg wird vollständig aus Staats- und Gemeindemitteln unterhalten.

Von der Wertschätzung, deren sich unsere Arbeitersekretariate erfreuen, zeugt am besten ihre Frequenz. Auskunft an alle Auskunftsuchenden gewähren 72 (1907: 69), nur an alle gewerkschaftlich Organisierten oder Organisationsunfähigen 13, nur an alle gewerkschaftlich oder politisch Organisierten und ihre Angehörigen 18 Sekretariate. Die meisten Sekretariate gewähren auch unentgeltliche Rechtshilfe und übernehmen die Vertretungen vor den Instanzen der Arbeiterversicherung, den Gewerbe- und

Kaufmannsgerichten usw. Die Zahl der Auskunftsuchenden betrug 1908: 488 895 und stieg gegen 1907 um 69 063 oder um 14,12 Proz. Von den Auskunftsuchenden waren 465 100 (und zwar 395 275 männliche und 69 825 weibliche) Angehörige des Arbeiterstandes, 21 650 Unternehmer, selbständige Gewerbetreibende und sonstige der Arbeiterklasse nicht angehörende Personen, 2 145 Behörden, Vereine und Korporationen. Am Sitz des Sekretariats wohnten 357 410, aus anderen Orten kamen 131 485 Auskunftsuchende. 344 623 oder 70,8 Proz. (1907 63 Proz.) waren gewerkschaftlich organisiert. Von den Mitgliedern unserer Organisation wandten sich 2204 an die Sekretariate in 79 Orten um Auskunft.

Die Gesamtzahl der erteilten Auskünfte stieg von 438 213 im Jahre 1907 um 76 836 auf 515 039 im Jahre 1908, wovon 36 396 oder 7 Proz. schriftlich erledigt wurden. Von den 515 039 Auskünften entfielen auf die Arbeiterversicherung 154 784 = 30,1 Proz., das bürgerliche Recht 149 814 = 29,1 Proz., den Arbeits- und Dienstvertrag 73 759 = 14,3 Proz., das Strafrecht 33 017 = 6,4 Proz., das Gemeinde- und Staatsbürgerrecht 75 348 = 14,6 Proz., Handels- und Gewerbesachen sowie Privatversicherung 8 424 = 1,6 Proz., die Arbeiterbewegung 7 509 = 1,5 Proz., Vereins- und Versammlungsrecht 1 093 = 0,2 Proz. und sonstige Sachen 11 291 = 2,2 Proz. Die Zahl der angefertigten Schriftsätze stieg ebenfalls bedeutend, und zwar von 105 015 im Jahre 1907 um 26 114 auf 131 129 im Jahre 1908. Von diesen entfielen auf die Arbeiterversicherung 45 525 = 34,7 Proz., den Arbeits- und Dienstvertrag 12 476 = 9,5 Proz., bürgerliches Recht 16 411 = 12,5 Proz., Gemeinde- und Staatsangelegenheiten 19 355 = 14,8 Proz., Strafrecht

5 667 = 4,3 Proz., sonstige Sachen 21 693 = 24,2 Proz. Die Zahl persönlicher Vertretungen stieg von 3 175 im Jahre 1907 um 1 089 auf 4 264 im Jahre 1908, also ebenfalls sehr stark, und zwar um mehr als ein Drittel. Von diesen 4 264 Vertretungen wurden wahrgenommen: vor dem Schiedsgericht für Arbeiterversicherung 2 208 = 51,8 Proz., dem Reichs- bzw. Landesversicherungsamt 462 = 10,8 Proz., dem Gewerbe- bzw. Kaufmannsgericht 799 = 18,7 Proz., dem Amtsgericht 562 = 13,2 Proz. und den Verwaltungsbehörden und -Gerichten 169 = 4,0 Proz. Der Ausgang der von den Sekretariaten vertretenen Rechtsfälle wurde in 14 483 Fällen bekannt, von denen 10 466 = 72,3 Proz. erfolgreich, 4 017 = 27,7 Proz. erfolglos waren.

Ueber die Kassenverhältnisse gaben 95 Sekretariate Bericht, die eine Gesamteinnahme von 453 157 Mk. hatten, der eine Gesamtausgabe von 410 435 Mk. gegenübersteht. Den Gesamteinnahmen flossen zu 126 841 Mk. aus den Kartellkassen, 111 925 Mk. aus Beiträgen der beteiligten Organisationen, 153 496 Mk. aus den laufenden Beiträgen der Mitglieder, 38 419 Mk. waren Zuwendungen von Parteiorganisationen, Genossenschaften und anderen Arbeiterunternehmungen, 22 476 Mk. waren sonstige Einnahmen. Unter den Zuwendungen befinden sich 5 330 Mk. aus Staats- und Gemeindemitteln, welche für die Sekretariate Bant, Coburg und Ootha gezahlt werden. Ferner sind in dieser Summe Zuschüsse von der Generalkommission 18 607 Mk., Zuschüsse von Parteiorganisationen 10 485 Mk. enthalten. Von den Gesamtausgaben entfallen auf: Gehälter und persönliche Entschädigungen 275 943 Mk., Bureaumiete, Reinigung und Heizung 52 028 Mk., Bibliothek, Handbücher und Drucksachen 40 192 Mk., sonstige Ausgaben 42 272 Mk.

Wo die Errichtung eines Arbeitersekretariats nicht möglich ist, suchen die Gewerkschaften wenigstens Rechtsauskunftstellen einzurichten, deren Zahl von 132 im Jahre 1907 auf 157 im Jahre 1908, also um 25 stieg. In 128 dieser Auskunftstellen werden Auskünfte an alle Auskunftsuchenden, in 29 nur an Gewerkschaftsmitglieder und ihre Angehörigen erteilt. 144 Auskunftstellen geben auch schriftliche Auskunft und fertigen Schriftsätze an. Die Zahl der erteilten Auskünfte stieg von 26 272 im Jahre 1907 auf 36 618 im Jahre 1908, also um 10 346 oder 39,4 Proz. Das ist die größte Steigerung, die in den letzten Jahren zu verzeichnen war. Von den Auskünften der Auskunftstellen betrafen die Arbeiterversicherung 8 616, bürgerliches Recht 5 052, Arbeits- und Dienstvertrag 4 386, Gemeinde- und Staatsangelegenheiten 3 750, Strafrecht 1 776, Arbeiterbewegung 1 412, Privatversicherung 606, andere Angelegenheiten 2 485, während bei 8 535 Auskünften die Angabe über ihre Verteilung auf die verschiedenen Gebiete fehlte. Die gesamte Tätigkeit der Arbeitersekretariate und der Rechtsauskunftstellen in den letzten zwei Jahren veranschaulicht folgende Tabelle:

Zahl der Arbeitersekretariate und Auskunftstellen in den Jahren	Gesamtzahl der erteilten Auskünfte u. Fälle d. Rechthilfe		Zunahme oder Abnahme d. Auskünfte (gr. d. Vorj.)	Zunahme oder Abnahme d. Einrichtungen		
	1907	1908				
Arbeit.-Sekretar.	96	103	438213	515039	76826	7
Auskunftstellen	132	157	26272	36618	10346	25
Zusammen	228	260	464485	551657	87172	32

Neben den von den freien Gewerkschaften eingerichteten Sekretariaten bestehen natürlich auch ähnliche von gegnerischen Organisationen oder nationalen Vereinigungen getroffene Einrichtungen. Sie wurden begründet, um die Arbeiterschaft vor den freien Gewerkschaften zu bewahren, bleiben aber in ihrer Bedeutung weit hinter den Einrichtungen der freien Gewerkschaften zurück. Die gegnerischen Rechtsauskunftstellen dienen tatsächlich viel weniger dem Rechtsschutz, sondern sie sollen, wie der Statistiker der Generalkommission zutreffend hervorhebt, vielmehr der Verbreitung des «christlichen und nationalen Gedankens» und dazu dienen, der verdammten roten Gesellschaft das Wasser von der Mühle zu nehmen. Der Statistiker schreibt:

Von diesem Gedanken getragen, sind auch einige politische Vereine an die Gründung von Auskunftstellen herangegangen. Ein Verein befindet sich darunter, dessen Namen in Verbindung mit dem Worte Rechtsauskunftstelle man nur gebrauchen kann, wenn man der Rechtsauffassung des größeren Teiles des deutschen Volkes Zwang antut. Wir meinen die Rechtsauskunftstelle des Reichsverbandes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie, wie man es an der einen, oder das «Vaterländische Volksbureau», wie man es an der anderen Stelle getauft hat.

Da die Arbeiterschaft in ihrer Mehrheit ihre falschen Freunde aber richtig zu erkennen und einzuschätzen weiß, fristen diese gegnerischen Gründungen fast durchweg ein recht bescheidenes Dasein, sodaß es ihre Macher vorziehen, mit gleich ausführlichen und eingehenden Berichten, wie unsere Sekretariate sie alljährlich geben, lieber nicht vor die Öffentlichkeit zu treten. Sie könnten eben nicht viel Staat damit machen.

Anders die Einrichtungen der freien Gewerkschaften, von denen der Statistiker zum Schluß durchaus zutreffend bemerkt: »Ueberblicken wir das Ganze, so erkennen wir trotz der Krise ein Bild voll Kraft und mühevollen Schaffens in den Reihen der organisierten Arbeiterschaft, ein stetes Vorwärtsschreiten trotz aller Gegnerschaft. Daß es stets so sein wird, dafür sorgt die in der klassenbewußten Arbeiterschaft vorhandene Energie und die Unbesiegbarekeit der Ideen, von der die freien Gewerkschaften getragen sind«.

Rundschau.

Die amerikanische Zolltarifreformvorlage

ist vor einigen Tagen im Senat verabschiedet worden. Es gab schwere Stürme und scharfe Angriffe, ehe es so weit kam. Ueber die tatsächlichen Höhen der einzelnen Tarifpositionen herrscht auch heute noch die größte Unklarheit. Es ist bekannt, daß durch Aldrich und seine ihm bedingungslos folgende Anhängerschar bei jeder einzelnen Abstimmung bewiesen wurde, daß er tatsächlich die Uebermacht in den Händen hält. Und diese Macht heißt unbedingte Hochschutzzollpolitik. Aber die wirkliche Entscheidung ist noch nicht gefallen, denn Taft hat kürzlich erst ganz öffentlich und entschieden erklärt, daß er nur einer Tarifreform seine gesetzlich notwendige Zustimmung gebe, die das Versprechen einlöse, unter welchem er gewählt worden sei: Tarifreform nach unten. Also ist noch nicht entschieden, wie die Tarifreform in ihrer endgültigen Form aussehen wird. In der nächsten Zeit wird der Senat, vereinigt mit dem Repräsentantenhause, die Bill beraten. Sie muß aber dann nochmals im Repräsentantenhause allein besprochen werden, da der Senat an der ursprünglichen Hausvorlage Änderungen vorgenommen hat. Auf diese Dinge kommt es aber viel weniger an wie auf das, was in aller Ruhe im Senat entschieden wurde, ohne weder bei den Nachunterreformern noch bei Taft Opposition zu finden. Viel wichtiger ist, daß der Senat die Änderung der administrativen Bestimmungen ohne lange Redereien genehmigt hat! Demnach wird es so werden, wie kürzlich schon angenommen wurde, daß der Tarif in Minimal- und Maximalzölle zerlegt bleibt, und daß alle Länder, die den amerikanischen Produkten nicht volle Meistbegünstigung gewähren, nach Inkrafttreten des Tarifes die Maximalzölle für ihre Produkte bezahlen müssen. Und der Maximalzollsatz beträgt 25% des Wertes! Gegen diese ganz allgemeine und durchgängige Zollerhöhung hat sich keine Opposition gebildet, wohl aus dem Grunde, weil man hofft, mit Hilfe dieser Bestimmung gute, das heißt für Amerika günstige Handelsverträge und Abmachungen zu bekommen. Für Deutschland rückt dadurch die Gefahr zollpolitischer Maßnahmen wieder näher. Wir Arbeiter haben aber sicher kein Interesse daran, es zu solcherlei Feindschaften kommen zu lassen. Die zweite sicher gestellte Verschlimmerung der Tarifbill betrifft den berüchtigten Marktwertparagrafen. Nach ihm sollen in Zukunft alle Waren, die nach Amerika konsigniert sind und im Ausland gekauft wurden, wenn sie im Mutterland keinen eigenen Marktpreis haben, nach dem amerikanischen Großhandelspreis verzollt werden. Es dürfen höchstens acht Prozent als Spesen usw. in Abrechnung gebracht werden. Als neue Unklarheit ist beschlossen worden, daß die Maximalzölle 90 Tage nach dem Inkrafttreten der Reformbill in Wirkung kommen soll. Dabei ist nicht gesagt, ob es 90 Tage nach der Unterzeichnung der Bill oder 90 Tage nach dem ursprünglich vorgesehenem Termin (März 1910) sein soll. Alles in allem: Wenn auch Taft jetzt wieder energisch protestiert und verlangt, daß die Tarifreform nach unten gemacht werden müsse, so weiß man doch zu genau, welche Macht die Großindustrie in der Union hat. Und würden wirklich noch einige Produkte bei den Beratungen in ihren Zollsätzen korrigiert, es bleibt dabei, daß die Verschlechterung der administrativen Bestimmungen nicht nur direkten Nachteil für die deutschen Waren, sondern auch

noch die Möglichkeit von Konflikten zollpolitischer Art bringt. Und das ist in jetziger Zeit schon wahrlich des Guten übergenug!

Der Streik der Steindruckerei-Hilfsarbeiter und -Arbeiterinnen bei Huber, Jordan & Körner in Nürnberg, der zur Kündigung unserer Kollegen führte, ist beendet. Durch das vermittelnde Eingreifen der beiden Verbandsvorsitzenden der Hilfsarbeiterorganisation und unseres Verbandes haben im Beisein einer Vertretung des Schutzverbandes Verhandlungen mit der Firma Huber, Jordan & Körner stattgefunden, die zur Beendigung des Ausstandes führten. Einem Teil des Hilfspersonals wurden Zulagen zugestanden, worauf die Wiederaufnahme der Arbeit beschlossen wurde.

Die „**Graphischen Stimmen**“ des sogenannten christlichen Observanz bringen in ihrer letzten Nummer einen vierspaltigen Artikel mit der schwungvollen Ueberschrift: »Der Freiheit eine Gasse«. Darin wird unter Bezugnahme auf den Haftungsvertrag, der zwischen dem Buchdruckerprinzipalsverein und dem christlichen Gutenbergbunde zur Durchführung des Buchdruckerlarifs abgeschlossen wurde, wieder einmal gegen den Organisationsvertrag in der Tarifgemeinschaft der Chemigraphen losgezogen. Natürlich bekommen bei dieser Gelegenheit auch die roten Gewerkschaften und besonders unser Verband — der von dem Artikelschreiber, dem Name des Erfinders der Lithographie wahrscheinlich ein böhmisches Dorf ist, konsequent als Sennfelderbund (*mit nn!*) bezeichnet wird — den gebührenden Teil mit ab. Zum Schluß werden die Staatsgewalten, der Prinzipalsvorsitzende des Tarifrats der Chemigraphen und die Gesamtheit der christlichen Gewerkschaften zum Sturm auf gegen den Organisationsvertrag verkörpert Terror (brrr!) der Roten aufgerufen. »Wahrhaftig! Es sollten die maßgebenden Faktoren sowie die Regierung es unter ihrer Würde halten, einem schreienden Unrecht fernerhin die Konzession zu erteilen. Gegen die bestehenden Monopolverträge sollte ungesäumt die gesetzliche Auflösung erfolgen. In dieses klassische Deutsch ist der Aufruf an die herrschenden Gewalten zur *Gesetzlosigkeit* gegenüber den freien Gewerkschaften gefaßt. Wir hängen das Ding nur tiefer. Im übrigen können wir uns ein weiteres Eingehen auf den ohnmächtigen Wutausbruch schenken. Sagt doch sogar der Artikelschreiber: »Allerdings, man kann kurzweg erklären, es sind ja keine christlich organisierten Chemigraphen da«. Das ist der einzige richtige Satz in dem ganzen vierspaltigen Elaborat. In dem christlichen Verbänden sind tatsächlich in der Hauptsache nur eine Reihe von ungelerten Arbeitern und Arbeiterinnen der graphischen Gewerbe und daneben auch Maler und Anstreicher, aber fast gar keine Gehilfen der graphischen Berufe organisiert. Wozu also der Lärm? Bezeichnender Weise unterschreibt sich der Artikelschreiber mit »Minus«. Ob dieses Pseudonym einer erfreulichen Selbsterkenntnis entspringt? Tatsächlich fehlt es dem Herrn nämlich an allem! In dem Artikel tritt allerdings hauptsächlich das Minus an Logik und Beherrschung unserer Muttersprache besonders in Erscheinung. Wir können es uns nicht verkneifen, neben der schon zitierten noch folgende prächtige Stilblüte aus dem Aufsatz, der sich eigentlich aus lauter Stilblüten zusammensetzt, zur Erheiterung unserer Leser nachzudrucken: »Es ist auch vorweg viel lohnender und interessanter, einen sezessionellen Prozeß zu führen, wo Liebestragödien mit diplomatischen Zwirnsfäden, oder modern verpumpte Genie das Werkzeug zu Verhandlungen in Gerichtssälen bilden, als sich die Gabe anzuzeigen, dem wirtschaftlich bedrängten Volke, sei es im Einzelfall oder durch Gesamtbilder, juristisch zur Seite zu stehen. Und doch wäre und ist dies ein so dankenswertes Gebiet, gleich jenen Aertzen, die in vollkommener Menschenfreundlichkeit, in Liebe zum Beruf und zum Geschöpf allen ohne Unterschied, ob Arm, ob Reich, in gleicher Weise durch ihre Kunst allen gern Heilung, Trost und wieder Lebensglück bringen«. Liebestragödien mit diplomatischen Zwirnsfäden! Da sage noch jemand, daß der Einfluß der Kirche auf unsere Volksschule hemmend auf dem Gebiet der Volksbildung wirke! Herr Minus hat jedenfalls durch seine klassischen Sätze den enrargierten Kämpfer für die Verweltlichung der Schule schlagend vom Gegenteil überzeugt!

Von den neuen Steuergesetzen treten in Kraft: am 1. August 1909 die Erhöhung des Kaffee- und Teezolls, die Erhöhung des Effektenstempels, der Reichsstempel auf Grundstücksübertragungen, der neue Talonstempel, der Wechselstempel, die Erhöhung der Brausteuern, die Erhöhung der Schaumweinsteuer; am 15. August die neue Tabaksteuer (Tabak und Zigarren); am 1. September die Zigarettensteuererhöhung; am 1. Oktober die Erhöhung der Branntweinverbrauchsabgabe, der Stempel auf Schecks und Quittungen, die Steuer auf Beleuchtungsmittel (Glühkörper, Glühlampen usw.), die Steuer auf Zündwaren (Streichhölzer).

Generalversammlungen und Kongresse.

Der VII. Kongreß der christlichen Gewerkschaften wurde am 18. Juli durch eine im großen Gürzenichsaale in Köln abgehaltene öffentliche Versammlung eingeleitet, in der sich die christ-

lichen Arbeiter im Glanze ihrer weltlichen und geistlichen Gönner zeigten. Von den Rednern, die an diesem Tage zu Wort kamen, vertrat Freiherr von *Berlepsch*, der Mann von der Gesellschaft für soziale Reform, die weltliche, Vikar *Brauns*, Direktor des Volksvereins für das katholische Deutschland, die geistliche Seite. Außerdem redete Generalsekretär *Stegerwald* über das Thema: Zehn Jahre christlicher Gewerkschaftstätigkeit. Dem der Kölner Kongreß der Christlichen steht im Zeichen des Jubiläums insofern, als vor zehn Jahren in Mainz die Christlichen ihren ersten Kongreß abhielten, von wo ab die christlichen Gewerkschaften, die sich bei dieser Gelegenheit ihr Programm und ihre Verfassung gaben, ihre eigentliche Geschichte beginnen. Es versteht sich, daß die Reden dieses Abends auf einen hohen Ton gestimmt waren, insofern, als sie die Erfolge, die gute nationale Gesinnung und die Selbstständigkeit der christlichen Gewerkschaften priesen, die angeblich weder nach der politischen, noch nach der kirchlichen Seite hin irgend welche Gebundenheiten zeigen, sondern einzig und allein auf das wirtschaftliche Wohl der Arbeiter bedacht sind eine Behauptung, die dadurch, daß sie von den drei Rednern zugleich aufgestellt wurde, nicht an Ueberzeugungskraft gewinnt. Der erste Verhandlungstag am Montag wurde eröffnet durch die Begrüßung und die Ansprachen der Gäste: Geheimrat *Wiedfeldt* als Vertreter des Reichsamts des Innern, Geheimrat *Trilling* als Vertreter der Kölner Regierung, Beigeordneter *Fuchs* als Vertreter der Stadt Köln, Pfarrer *Weber* als Vertreter der evangelischen Arbeitervereine, Vikar *Brauns* als Vertreter des katholischen Volksvereins usw. Sodann gab der Generalsekretär *Stegerwald* den Bericht des Gesamtverbandes Ausschusses über das abgelaufene Geschäftsjahr, das den christlichen Gewerkschaften einen Mitgliederzuwachs von 24000 gebracht hat, so daß sie wieder auf dem Stand von 1906 angelangt sind. Demnach sind die Christlichen froh, daß sie nach 15jährigem Bestehen 260000 Mitglieder erreicht haben, wobei sie wohlweislich verschweigen, um wieviel ihre gepriesenen Erfolge hinter ihren anfänglichen Erwartungen und vor allen Dingen hinter den großartigen Erfolgen unserer Organisationen zurückgeblieben sind. Bemerkenswert war der Bericht *Stegerwalds* durch die ihm anvertraute Betrachtung über das Verhältnis der christlichen Arbeiterabgeordneten zu den christlichen Gewerkschaften. Er wies zunächst zurück, daß die christlichen Arbeiterabgeordneten Vertreter der christlichen Gewerkschaften seien; sie seien von bürgerlichen Parteien in den Reichstag gewählt worden. Im Parlament ergeben sich für sie infolge der Verhältnisse in den einzelnen Fraktionen und der jeweiligen Mehrheitsbildung oft kritische Situationen, denen sie Rechnung tragen müßten, so daß oft das Arbeiterinteresse mit der Rücksicht auf höhere Interessen in Konflikt gerate. Da müsse man den Arbeiterabgeordneten Vertrauen entgegenbringen, daß sie das Richtige zu treffen wüßten. Es gehe nicht an, daß die Arbeiterabgeordneten in den einzelnen Fraktionen in jeder beliebigen Frage ihre eigenen Wege gingen, unter solchen Bedingungen würde keine Partei Arbeitervertreter in ihre Fraktionen aufnehmen; wohl aber müsse ihnen zugestanden werden, daß sie in Fragen, wo das Arbeiterinteresse besonders in Betracht komme, auch abweichend von der Fraktion stimmten. Und wenn sie einmal anders stimmten, als es dem Klassenempfinden der Arbeiter im Lande zusage, so brauche man nicht gleich den Vorwurf zu erheben, daß sie ihre proletarische Vergangenheit aufgegeben hätten. Wir stimmen — so schloß der Redner — in manchen Dingen und Handlungen mit den bürgerlichen Parteien nicht überein, aber deshalb geben wir unsere Parole und unsere Stellung zur Sozialdemokratie nicht auf, andernfalls würden wir uns das Todesurteil sprechen. Darin war die Bitte um Pardon für die Herren Giesberts, Schiffer und Genossen wegen ihrer Haltung in der Reichsfinanzreform ausgesprochen, und Herr *Stegerwald* unterstreichte diese Bitte noch durch die Mahnung, daß der Kongreß sich nicht mit Auseinandersetzungen grundsätzlicher Art, sondern mit praktischen Fragen beschäftigen solle — ein Wink, den die gut erzogenen Christlichen völlig befolgten. Kein Wort fiel in der Diskussion über das Zentrum, den Teilhaber des ausbeuterischen Schnapsblocks, kein Wort über die merkwürdige Sorte von Arbeitervertretern, die mitgewirkt haben an der ungeheuren Belastung ihrer Klasse durch einige hundert Millionen neuer Konsumsteuern. Den Hauptteil des Kongresses nahmen drei Vorträge sozialpolitischer Art ein, von denen derjenige über die Reichsversicherungsordnung aktuelle und praktische Bedeutung hatte, während die beiden anderen in der Hauptsache geschichtlich referierend waren und sachlich kaum etwas Bemerkenswertes boten. *Vogelsang* (Essen) redete über den Arbeiterschutz vom grundsätzlichen, geschichtlichen und praktischen Standpunkte aus. Als nächste Forderungen gab er an: Freiheitliches Koalitionsrecht, Rechtsfähigkeit der Berufsvereine, Beseitigung von Ausnahmebestimmungen aus dem Reichsvereinsgesetz, gesetzliche Regelung der Wohlfahrtspflege, Heranziehung der Arbeiter zur Gewerbeaufsicht, direkte Beteiligung der Arbeiter bei der Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse, Schaffung eines Reichswohnungsgesetzes. Gewerkschaftssekretär *Krug* (Stuttgart), der über die Entwicklung und den Stand der Arbeiterversicherung redete, begegnete mit seinen Selbstverständlichkeiten

und Naivitäten, die er im schulmeisterlichen Tone vortrug, allgemeiner Unaufmerksamkeit. Ueber die Reichsversicherungsordnung redete Abg. *Becker* (Arnsberg). Er verhielt sich, so mäßig er auch in der Form blieb, den Plänen der Regierung recht kritisch gegenüber, in den allgemeinen Tendenzen der R.-V.-O. erblühte er einen Fortschritt, aber an zahlreichen Einzelheiten hatte er viel auszusetzen. Entschiedener gingen die Diskussionsredner mit dem Werk ins Gericht. Ein Gemisch von Fortschritt und Reaktion nannte ein Redner die R.-V.-O.; ein anderer verglich sie mit der Echternacher Springprozession: drei Schritte voran, zwei zurück! Namentlich fand die von der Regierung beabsichtigte Halbierung der Beiträge und Rechte in den Krankenkassen entschiedene Verurteilung. Volksbureauvorsteher *Dick* (M.-Gladbach) meinte, daß die Regierung bezüglich der Krankenkassen nach dem Satz verfähre: Teile und herrsche! Das Selbstverwaltungsrecht solle zwischen Arbeitern und Unternehmern geteilt werden, um der Regierung die Herrschaft zu sichern. Die Arbeiter haben zur Krankenversicherung nur Vertrauen, solange die Verwaltung der Kassen in ihren Händen liegt. Wenn die Regierung sagt, ohne die Zweiteilung in den Krankenkassen ist die Neuordnung des Versicherungswesens unannehmbar, dann fällt eben das ganze Werk! In dieser Frage gibt es für uns keinen Kompromiß! Geheimrat *Düttmann* (Oldenburg), Vorsitzender der Landesversicherungsanstalt Oldenburg und Herausgeber des *Regierungsboten*, erhält als sachverständiger Gast das Wort. Er ersucht den Kongreß, nicht Prinzipien zu reiten und nicht die Vertreter der christlichen Arbeiter in dem Reichstag mit gebundenem Mandat auszustatten, auch nicht bezüglich der Verwaltung der Krankenkassen. Wo Arbeitgeber und Arbeitnehmer zusammen raten und taten, müsse das auch mit gleichen Rechten geschehen. Es muß anerkannt werden, daß der oldenburgische Beschwichtigungskreis bei den Vertretern der christlichen Arbeiter kein Glück hatte. Namentlich wandten sich *Imbusch* (Essen) und *Wieber* (Duisburg) in der entschiedensten Weise gegen *Düttmann*. Lieber gar kein Gesetz, als ein schlechtes Gesetz, eher mag die ganze Reichsversicherungsordnung fallen, ehe wir an unserem Selbstverwaltungsrecht in den Krankenkassen rütteln lassen — verkündeten beide unter allgemeinem und lebhaftem Beifall der Versammlung. Andere Redner wandten sich gegen das Bestehenbleiben der Betriebskrankenkassen, gegen die Einführung der Landkrankenkassen; die Vertreter der Heimarbeiterinnen, der Krankenpfleger usw. forderten größere Berücksichtigung ihrer Berufe durch die Reichsversicherungsordnung. Die einzelnen Wünsche wurden in die vom Referenten aufgestellten Leitsätze hineingearbeitet, die dann in dieser Fassung einstimmige Annahme fanden. Den letzten Punkt der Tagesordnung bildeten die Referate von *Behrens* und *Giesberts* über das Verhältnis der christlichen Gewerkschaften zu der christlich-nationalen Arbeiterbewegung. Was die beiden Redner sagten, ging nicht hinaus über den Rahmen dessen, was über diese Dinge hinlänglich bekannt ist. Einiges aus den Ausführungen *Giesberts* mag wiedergegeben sein: Auf der Züricher internationalen Konferenz christlicher Gewerkschaftsführer ist nichts anderes gesagt worden, als daß den katholischen Arbeitern die selbständige wirtschaftliche Betätigung, die anderen Ständen zugestanden wird, ebenfalls zugestehen ist. Nichts weiter ist gesagt worden und nichts kann uns ferner liegen, als gegen die kirchlichen Autoritäten, deren Aufgaben wir zu würdigen wissen, aggressiv vorzugehen. Die christlichen Gewerkschaften sind keine religiösen Vereine, sondern wirtschaftliche Organisationen, die ihre Aufgaben nach christlichen Grundsätzen erfüllen. Wir sind noch nicht so stark, daß wir unter allen Umständen davor sicher sind, von der Sozialdemokratie erdrückt zu werden. Wer unsere christliche Arbeiterbewegung zu schwächen versucht, arbeitet der Sozialdemokratie in die Hände. Hinter der katholischen Fachabteilungsbewegung stecken nicht nur antigewerkschaftliche, sondern auch politische, gegen eine gewisse Partei gerichtete Bestrebungen. In dieser Beziehung werden unsere katholischen Kollegen in der Zukunft noch manche Schwierigkeiten zu überwinden haben. Die Aussprache, an der sich auch Pfarrer *Weber* (M.-Gladbach) beteiligte, beschäftigte sich mit der Stellung der evangelischen Arbeitervereine zur christlichen Gewerkschaftsbewegung, auch die Hirsch-Duncker'schen Gewerkevereine in die Debatte gezogen, ohne daß es zu einer Klärung über das Verhältnis der mancherlei in der christlich-nationalen Arbeiterbewegung vereinigten Organisationen kam. Am Mittwoch Abend wurde der Kongreß nach dreitägiger Dauer, wovon der Dienstag Nachmittag einer Rheinfahrt gewidmet war, geschlossen. Die dem Kongreß vorliegenden Anträge wurden sehr oberflächlich behandelt und die meisten unter stiller Heiterkeit der Delegierten dem Ausschuß zur Erwägung überwiesen. Sehen wir von dem Referat und der Aussprache über die Reichsversicherungsordnung ab, so verlief der siebente Kongreß der christlichen Gewerkschaften bedeutungslos. Hier und da wurden in der Jubiläumstimmung hohe Töne angeschlagen, aber wie wenig Grund zum Triumphieren vorliegt, zeigen die Worte des bedächtigen Herrn *Giesberts*, daß die christliche Gewerkschaftsbewegung noch lange nicht der Gefahr entrückt sei, von der Sozialdemokratie erdrückt zu werden. Wir haben die Hoffnung, daß diese Ge-

fahr umso näher rückt, als die Herren *Giesberts* Schiffer und Genossen sich bemühen, den christlichen Arbeitern nachzuweisen, wie unrichtig und unsinnig es ist, einer Organisation anzugehören, deren Führer auf den Krücken der Arbeiter ins Parlament gelangen, um dort als Handlanger arbeiterfeindlicher Parteien die Interessen der Arbeiter zu verraten.

Eine Konferenz der Vertretungen der Gewerkschaftshäuser fand am 29. und 30. Juni in Berlin statt. Es waren 40 Städte vertreten. Verhandelt wurde über die Rechtsformen, Verwaltung, Arbeitsverhältnis der Angestellten usw. Die Konferenz ersuchte die Generalkommission, auf die Tagesordnung des nächsten Gewerkschaftskongresses zu setzen: Schaffung eines Zentralfonds für die Errichtung von Gewerkschafts- und Versammlungshäusern.

Der Verband der Tapezierer und verwandten Berufsgenossen Deutschlands hielt vom 18. bis 21. Juli in Berlin seinen 4. Verbandstag ab. Die Wirkungen der Krise auf diese Organisation zeigen sich bei einer Betrachtung der Mitgliederzahlen. Sie betragen im Jahresdurchschnitt 1906: 7961, 1907: 8604, 1908: 8275. Die Gesamteinnahme in den letzten drei Jahren betrug 575 730,24 Mk., die Gesamtausgabe 589 197,99 Mk. wovon auf Arbeitslosenunterstützung 153 955,83 Mk. (1908 allein 83 510,33 Mk.) entfallen. Ende 1908 hatte der Verband noch ein Vermögen von 69 983,89 Mk. Trotz der wirtschaftlichen Depression konnte der Verband noch 1908 für 258 Personen 936 Stunden Arbeitszeitverkürzung wöchentlich und für 1050 Personen 1922 Mk. Lohnerhöhungen in der Woche durchsetzen, 1907 an Arbeitszeitverkürzung für 2488 Beteiligte 3897 Stunden und an Lohnerhöhungen für 4356 Beteiligte 10 164 Mk. wöchentlich. Aus den Verhandlungen ist hervorzuheben, daß der Verbandstag den Mitgliedern empfahl, in ihrem Wirkungskreis die Ideen der Maifeier zu propagieren und überall da, wo die Möglichkeit vorhanden ist, sich den von den örtlichen, dazu berufenen Körperschaften beschlossenen Veranstaltungen anzuschließen. In bezug auf die Organisation der Lehrlinge wurde von der Begründung einer Lehrlingsabteilung abgesehen, dafür aber der Anschluß an die bestehenden Jugendorganisationen empfohlen und folgender Beschluß gefaßt: Allen jugendlichen Personen, die innerhalb zwei Wochen nach beendeter Lehrzeit dem Verbands der Tapezierer beitreten, kann, wenn sie nachweislich mindestens 52 Wochen ununterbrochen einer proletarischen Jugendorganisation angehört haben, sofort Reiseunterstützung bis zur Höhe von 15 Mk. gewährt werden. Alle etwa bis zum Uebertritt geleisteten Beiträge sind, in 60 Pf.-Beiträgen umgerechnet, auf die sonstige Bezugsberechtigung im Verband anzurechnen. Die solchergestalt Ueber-tretenden sind von Zahlung eines Eintrittsgeldes entbunden. Ferner wurde beschlossen, daß jugendlichen Mitgliedern bis zu 19 Jahren die Arbeiterjugend gratis geliefert wird. Der Verbandsbeitrag wurde für männliche Mitglieder von 50 auf 60 Pf., für weibliche Mitglieder von 25 auf 30 Pf. erhöht.

Aus den Berichten der Gewerbeinspektionen.

1.

Der Jahresbericht der badischen Fabrikinspektion. (Schluß.)

Also die Gesundheit der Arbeiter darf zugrunde gehen, wenn's nur den Fabrikanten nichts kostet! Es geht eben nichts über den dreimal geheiligten Profit! Diese Veröffentlichungen der Fabrikinspektion zeigen den Arbeitgeber wie er leibt und lebt.

Ein Beispiel, wie Arbeiter oft in Wahrung ihrer Rechte durch Inanspruchnahme der Gewerbeaufsicht gemäßregelt werden, zeigt nachstehende Ausslassung des Inspektionsberichtes:

In einem Betriebe erwiesene sich die der Fabrikinspektion von den Gewerkschaften vorgetragenen Beschwerden als teilweise begründet und der Fabrikant erklärte sich zur Abstellung der Mißstände bereit. Kurze Zeit darauf wandte sich ein Arbeiter an die Fabrikinspektion; es sei ihm, da er im Verdacht stehe, die Revision durch eine Anzeige veranlaßt zu haben, gekündigt worden und er bitte um eine Bestätigung, daß die Anzeige nicht von ihm ausgegangen sei.

Angesichts solcher Tatsachen braucht man sich wirklich nicht zu wundern, wie die Arbeiter die Gewerbeinspektion so selten anrufen und von dem ihnen zustehenden Recht auf den gesetzlichen Schutz äußerst wenig Gebrauch machen. Hier wäre es Pflicht der Gesetzgebung, den Arbeiter vor solchem Unternehmerterrorisismus zu schützen. Wenn es sich um geringfügige Vergehen der Arbeiter handelt, so ist man flugs mit Strafen zur Hand. Es darf nur an den § 153 der Gewerbeordnung erinnert werden, der den Arbeitern gegenüber strenge Anwendung findet, indem die staatsanwaltschaftliche Obrigkeit mit empfindlichen Gefängnisstrafen aufwartet. Aber dem Unternehmer gegenüber findet sich kein Staatsanwalt und trotzdem haben wir in Deutschland gleiches Recht für alle — wenn die Besitzenden davon ausgeschlossen sind!

So wird ein weiterer drastischer Fall angeführt, wo ein Arbeiter den Beamten bat, von einer Bestrafung des Unternehmers abzusehen, da er sonst Entlassung zu befürchten habe. Tatsächlich wurde denn auch, um den Arbeiter nicht um sein Brot

zu bringen, von der Herbeiführung eines Strafverfahrens Abstand genommen und auf die Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen anderweitig hingewirkt.

Für die ungeschminkte Veröffentlichung dieser Tatbestände ist die Arbeiterschaft der Fabrikinspektion nur dankbar. Das frivole Verhalten solcher Arbeitgeber kann in der Öffentlichkeit nicht scharf genug gerügt werden, um der Erkenntnis Bahn zu brechen, wie der Arbeiter unter der Fuchtel des Kapitalismus zu leiden hat.

Eine umfangreiche Tabelle gibt Aufschluß über die Zahl und Art der Zuwiderhandlungen gegen die gesetzlichen Bestimmungen, die um eine Kleinigkeit zurückgegangen sind. Eine große Reihe von Bestrafungen erfolgte wegen unzulässiger Beschäftigung jugendlicher Arbeiter, auch in Druckereien, und wegen Ueberschreitung der Arbeitszeit. Die Strafen jedoch, die über die betreffenden Unternehmer durch die zuständigen Bezirksämter verhängt wurden, sind allerdings so geringfügiger Natur, daß von einer Strafe überhaupt keine Rede mehr sein kann. Jedenfalls sind Strafen von 3 bis 10 Mk. nur eine Prämie auf weitere Ausschreitungen. Der Nutzen, den ein Arbeitgeber daraus zieht, ist durchgängig erheblich größer, als der Betrag der zu zahlenden Strafe. Es ist, wie schon vordem angeführt, ein Mangel unserer Gesetzgebung, daß die Fabrikinspektion nicht selbst die Befugnis besitzt, strafend einzuschreiten, denn diese bedauert selbst diese Milde in der Anwendung des Gesetzes. Nur in einem einzelnen Fall wurde eine Geldstrafe von 120 Mk. verhängt, wo ein Fabrikant 7 unter 14 Jahre alte Mädchen täglich 10 Stunden beschäftigte, ein Betrag, der zwar weit über dem Durchschnitt der üblichen Bestrafungen steht, aber für eine Uebertretung, die dem Fabrikanten den hundertfachen Betrag eingebracht haben mag. Meist behaupten die Unternehmer, die gesetzlichen Bestimmungen nicht zu kennen. Ausrede! Wegen Nichtgewährung von Pausen an Lehrlinge wurden eine ganze Anzahl von Unternehmern mit Geldstrafen von 10–30 Mark belegt.

Die Fabrikinspektion ist darauf bedacht, die Befolgung der Vorschriften des § 139, Abs. 2 der Gewerbeordnung streng zur Durchführung zu bringen. In vielen Fällen mußte auch gegen Bürgermeister vorgegangen werden, die in gesetzwidriger Weise Arbeitsbücher an schulpflichtige Kinder ausgestellt hatten, um damit der Ausbeutung durch befreundete Fabrikanten Vorschub zu leisten.

Mit Wirksamkeit kämpft auch die Fabrikinspektion gegen den Abschluß von Lehrverträgen, die nur Scheinverträge sind, eine intensivere Ausbeutung der Arbeitskraft der Lehrlinge bezwecken und den Lehrling selbst rechtlos machen. So bespricht der Bericht verschiedene Erscheinungen, wo den Lehrlingen zwecks Sicherung gegen Kontraktbruch bei den einzelnen Lohnzahlungen unerlaubte Abzüge gemacht wurden, die im Verlaufe der Lehrzeit einen außerordentlichen Umfang annahmen. Es fanden sich Bestimmungen in Lehrverträgen, wonach an jedem Zahltag ein bestimmter Betrag bis zur Gesamtsumme von 150 Mk. vom Lohn abgezogen wurde. Solche Bestimmungen laufen dem § 119a, Abs. 1 der Gewerbeordnung zuwider und es wurde deshalb stets die Auflage gemacht, die Abzüge bis zum Betrage eines Wochenlohnes an die Eltern zurückzuzahlen, worüber ein Nachweis zu erbringen war.

Statistisch interessant ist die Feststellung des Berichtes, daß infolge des Rückganges der industriellen Geschäftslage die schulentlassene Jugend sich wieder in vermehrtem Maße den handwerksmäßigen Berufen zuwendet. Der Bericht führt diesen Vorgang auf das verminderte Bedürfnis der Fabriken nach ungelerten Arbeitern zurück, wodurch die Möglichkeit zur Unterbringung der schulentlassenen Jugend bei sofortiger Bezahlung geringer ist als zuzeiten von Arbeitermangel. Andererseits sehen die Eltern mehr wie früher darauf, ihren Kindern durch den Genuß einer Lehre eine bessere wirtschaftliche Existenz zu schaffen und verzichten lieber auf den augenblicklichen Vorteil größerer Bezahlung als ungelerner Arbeiter.

Es ist demzufolge ein Ueberangebot von Lehrlingen zu verzeichnen und dieses hat wiederum, wie die Fabrikinspektion konstatiert, die nachteilige Wirkung gehabt, daß die Verhältniszahl zwischen Gehilfen und Lehrlingen sich ungünstig gestaltete. So wird festgestellt, daß die Lehrlingszucht, wie der Bericht treffend bemerkt — erheblich zugenommen hat. In 43 Betrieben, auf die sich die Statistik bezieht, waren 176 Gehilfen und 174 Lehrlinge beschäftigt. In weit über der Hälfte dieser Betriebe überschritt sogar die Zahl der Lehrlinge die der Gehilfen: es kamen auf 39 Gehilfen 89 Lehrlinge. Also Ursache genug für die Gewerkschaften, dieser Frage ihre besondere Aufmerksamkeit zuzuwenden.

In der Durchführung der Bestimmungen des Kinderschutzgesetzes sind verschiedene Neuerungen getroffen worden, die eine strengere Kontrolle ermöglichen. Die Rektorate und Lehrer der Volksschulen sind angewiesen, jeweils zu Beginn des Schuljahres eine Umfrage bei den Schülern zu veranstalten, insbesondere über die Beschäftigung der Kinder, was in besondere Verzeichnisse eingetragen wird, die den Behörden zur Einsichtnahme vorzu-

legen sind. Diese geben das Material der Fabrikinspektion weiter, die es prüft und gegebenenfalls weitere Erhebungen veranstaltet oder Anträge zum behördlichen Einschreiten stellt.

Diese Maßnahme dürfte geeignet sein, den Verstößen gegen die Kinderschutzgesetze wirksam zu steuern. Wo es sich um Eltern als Arbeitgeber handelte, die in bedürftigen Verhältnissen leben, wurde meistens erstmals von einer Bestrafung, die diese drückend empfinden mußten, Abstand genommen, doch steht die Fabrikinspektion auf dem Standpunkt, daß bei Wiederholungen eine ernste Strafe verurteilt werden muß.

Eine Revision der Hausindustrie ist in größerem Umfange für das nächste Berichtsjahr in Aussicht genommen. Daß ihr aber die Fabrikinspektion große Aufmerksamkeit schenkt, geht aus dem größeren Werke über die Heimarbeit in Baden hervor, das von ihr bearbeitet und herausgegeben wurde.

Die Beschäftigung von Arbeiterinnen hat nur eine geringe Zunahme erfahren. An der Gesamtarbeiterschaft partizipieren die Frauen mit 31,8%.

Dagegen wird konstatiert, daß in der Zeit wirtschaftlichen Niederganges die Arbeitslosigkeit unter der weiblichen Arbeiterschaft bedeutend geringer als bei der männlichen, die Nachfrage nach billigen Arbeitskräften also größer ist. Als eine Wirkung der gesetzlichen Beschränkung hinsichtlich der Beschäftigung weiblicher Arbeiter wird die Tatsache angeführt, daß eine größere Fabrik ihre weiblichen Arbeitskräfte durch männliche ersetzte, um diesen Beschränkungen zu entgehen.

Wie die Unternehmer es verstehen, die gesetzlichen Bestimmungen zu umgehen, zeigt folgender Vorfall: Der Inhaber einer Kartonagenfabrik suchte die Bestimmung, wonach Arbeiterinnen an Samstagen und den Vorabenden vor gesetzlichen Feiertagen nur bis 1/2 Uhr beschäftigt werden dürfen, dadurch illusorisch zu machen, daß die Arbeiterinnen zu genannter Zeit den Betrieb verließen, aber nach einiger Zeit wieder als Putzfrau zurückkehrten, um die Reinigung des Betriebes vorzunehmen. Man sieht, die Sophistik der Unternehmer läßt sich so leicht nicht überbieten!

Große Aufmerksamkeit schenkt die Fabrikinspektion auch der Art der Beschäftigung und deren Einfluß auf die körperliche Entwicklung. Sie sucht z. B. darauf hinzuwirken, daß Maschinen, deren Bedienung ständiges Stehen erfordert, abwechselungsweise bedient werden, um eine Beeinträchtigung der Funktionen der inneren Organe zu vermeiden.

Ebenso ist die Fabrikinspektion darauf bedacht, streng einzuschreiten, wenn pflichtvergessene Werkführer ihre Machtstellung gegenüber Arbeiterinnen mißbrauchen. So gab die Fabrikinspektion einer Firma auf, ihren Werkführer zu entlassen, der sich sittlicher Verfehlungen gegenüber Untergebenen schuldig machte und in der zynischen Art seiner Verteidigung eine niederrichtige Gesinnung zeigte. Da die Firma der Entlassung keine Folge gab, wurde das Verbot der Beschäftigung von Arbeiterinnen unter 18 Jahren in Aussicht gestellt.

In längeren Abhandlungen beschäftigt sich der Bericht mit der Lage der Arbeiter im allgemeinen, Arbeitszeit, Sonntagsarbeit, Lohnzahlung, Arbeitsordnungen und sonstiges und belegt diese mit reichhaltigem statistischem Material. Lohnreduktionen, Arbeitslosigkeit, die Unsicherheit der Existenzbedingungen und dabei die Verteuerung bildeten die charakteristischen Merkmale dieses Berichtsabschnitts. Der Bericht klagt über die übermäßig langen Arbeitszeiten einzelner Fabriken und daß Anregungen zur Beseitigung immer den schärfsten Widerstand der Fabrikanten finden. Das Bestreben der Arbeiter, bei Akkordarbeit eine möglichst hohe Produktivität zu entfalten, kleidet der Bericht in folgende charakteristischen Worte: „Welch zäher Kampf um die Existenz spricht aus diesem Sichanklammern an einem gewissen zum Leben notwendigen Verdienst durch stufenweise Steigerung der Arbeitsintensität! Wahrlich, ein getreues Spiegelbild der tatsächlichen Verhältnisse.“

Als sehr günstig für die Beseitigung der Sonntagsarbeit bezeichnet der Bericht die bis zu 100 Prozent festzusetzenden Lohnzuschläge, denn — hier lassen wir wieder den Bericht sprechen —: „Wenn auf irgend einem Gebiet, so ist die Arbeiterschaft ihren Organisationen darin zu Dank verpflichtet, daß diese ihnen arbeitsfreie Sonntage verschafft haben.“

Bezüglich der Wirkung der Verkürzung der Arbeitszeit auf die Lohnhöhe konstatiert der Bericht an der Hand einer vergleichenden Tabelle, daß die Arbeiter trotz der Verkürzung auf ihre alten Verdienste gekommen sind, also die Befürchtung der Unternehmer, daß die Produktivität unter allen Umständen zurückgehen müsse, nicht zutreffend ist.

Die vielumstrittene Frage, ob Geldstrafen vom Lohn in Abzug gebracht werden dürfen, verneint die Fabrikinspektion. Sie spricht sich übrigens in ihrem Bericht dahin aus, daß Geldstrafen überhaupt nicht die Bedeutung haben, die ihnen zugelegt wird, denn gerade die fortgeschrittenen Betriebe kommen ohne Geldstrafe aus. Ausgiebige Strafanwendung findet fast immer nur da statt, wo der Leiter des Betriebes nicht auf einer höheren sozialen Stufe steht. Dieser Ansicht kann man nur beipflichten, denn sie trifft den Nagel auf den Kopf.

Nicht unerwähnt wollen wir auch eine Niederlegung des Berichts lassen, die so recht zeigt, was für ruckständige und anspruchsvolle Elemente die Arbeiterschaft noch in ihren Reihen birgt: Ein Fabrikant hatte die Absicht, den Samstagnachmittag von zwei Uhr ab bei voller Entlohnung freizugeben. Die Arbeiter konnten sich jedoch mit diesem Vorschlag nicht befrieden, da sie nicht wollten, was sie mit dem freien Nachmittag anfangen sollten! Gewiß der Gipfel der Bescheidenheit!

Hinsichtlich der Organisation der Arbeiter zeigt der Bericht ein erfreuliches Bild für die freien Gewerkschaften. Trotz der ungünstigen Gestaltung des Arbeitsmarktes hat eine große Anzahl der freien Gewerkschaften eine Mitgliederzunahme, die christlichen Gewerkschaften dagegen einen erheblichen Rückgang zu verzeichnen, teilweise bis zu 39 Prozent.

In einer Besprechung der Tarifverträge fällt der Bericht das sehr zutreffende Urteil, daß unter den modernen Arbeiterforderungen, trotz der geringen Sympathie der Arbeitgeber, diese nicht mehr verschwinden, sondern immer mehr in den Vordergrund treten, wenn auch ein großer Industriellenverband in seinen Statuten die Tarifverträge ausdrücklich zu ungerechtfertigten und daher unzulässigen Forderungen der Arbeiter rechnet.

Entsprechend dem Tiefstand der Konjunktur weist die Zahl der erfolgreichen Streiks einen Rückgang auf; es sind im Berichtsjahr nur noch 52% gegenüber 70% des Vorjahres. Dagegen brachte die Zeit der Krisis ein rasches Anwachsen der Zahl der Aussparungen.

Eine außerordentlich gewissenhaft geführte Statistik gibt Aufschluß über die Forderungen und den Erfolg der Streiks sowie den Abschluß von Tarifverträgen.

Im 7. Kapitel des Berichtes gibt die Fabrikinspektion eine ausführliche Abhandlung über den Schutz der Arbeiter vor Gefahren unter vielseitiger Schilderung von Betriebsunfällen, ihren Ursachen und den in großer Zahl gemachten Auflagen zur Abstellung von Mißständen und Einführung von Schutzvorrichtungen. Die gemeldeten Unfälle selbst haben Steigerung erfahren, ein Zeichen, welchen Widerstand die Unternehmer der Anbringung von Schutzvorrichtungen entgegensetzten. Insbesondere sind die Unfälle an Transmissionen, welche trotz aller Mahnungen und abschreckenden Beispiele nicht abnehmen. Wo eine Fahrlässigkeit des Betriebsinhabers durch Außerachtlassung der Unfallverhütungsvorschriften zu konstatieren war, stellte die Fabrikinspektion in mehreren Fällen Strafantrag wegen fahrlässiger Körperverletzung oder -Tötung, und zwar mit Erfolg. Außerdem hat die Fabrikinspektion bei der gerichtlichen Verfolgung von Unfällen sich durch Abgabe schriftlicher und mündlicher Gutachten betätigt.

Wie schon eingangs unserer Besprechung erwähnt, könnte auf diesem wichtigen Gebiete des Arbeiterschutzes viel mehr noch getan werden, wenn die Revisionen häufiger wären. Der Arbeiter hat ein Recht zu verlangen, daß dies in ausreichendem Maße geschieht, um seine Gesundheit und sein Leben den Seinen zu erhalten. Mehr Schutz muß stets der Kampf der Arbeiter sein und er wird so lange nicht verstummen, bis Staat und Gesetzgebung ihre Pflicht in genügender Weise erfüllen.

Aber auch an die Arbeiter selbst muß die Mahnung gerichtet werden, dieser Sache mehr ihre Aufmerksamkeit zu schenken, denn die Fabrikinspektion hat nicht Unrecht, wenn sie in ihrem Bericht sagt, daß ohne eine gewisse Erziehung der Arbeiter zu größtmöglicher Aufmerksamkeit und ohne jede persönliche Mitwirkung der Arbeiter ein Fortschritt in der Unfallverhütung nur sehr schwer zu erzielen ist und die Häufigkeit der durch Leichtsinns verschuldeten Unfälle dahin wirkt, daß die Unternehmer geneigt sind, derartige Fälle zu generalisieren und die Nützlichkeit der Schutzvorrichtungen überhaupt in Abrede stellen. So wollen wir dem die Besprechung des Berichtes der badischen Fabrikinspektion, der am Schlusse noch eine eingehende Darstellung der wirtschaftlichen und sittlichen Zustände der Arbeiterbevölkerung enthält, mit der resümierenden Feststellung schließen, daß das Unternehmertum hierbei außerordentlich schlecht abschneidet. Es geht aus dem Bericht mit aller nur wünschenswerten Deutlichkeit hervor, daß diesem das ihm so oft angegedichtete soziale Verständnis vollständig abgeht und nur krasser Egoismus und Eigennutz zum Vorschein kommt. Daß die badische Fabrikinspektion hierüber nicht den Schleier der Verschwiegenheit deckt, ist sehr erfreulich und zur Erwerbung des Vertrauens der Arbeiterschaft geeignet, das durch den langsamen Gang der Sozialpolitik in Deutschland dem gesetzgebenden Körperschaften gegenüber nicht allzugoß sein kann. Denn nur dann vermag die Gewerbeaufsicht ihren Zweck richtig zu erfüllen!

Emil Rothweiler.

Briefkasten der Redaktion.

H. B., E. Die Kassenberichte der Zahlstellen sind in der Gesamtabrechnung der Hauptkasse mit enthalten, so daß sich ihre gesonderte Veröffentlichung in den Sektionsberichten erübrigt. Ebenso mußte der ganze kleinliche, lokale Klatsch, der die Allgemeinheit rein gar nicht interessiert, aus Ihren

Bericht gestrichen werden. F. T., B. und K. H. B. mußte wegen Raummangel um eine Woche zurückgestellt werden. G. B., H. kann ebenfalls erst in No. 32 untergebracht werden. Gruß!



Allgemeines.

Teil für die
gemeinsamen Interessen aller Sparten des Berufs.

Aus dem Fachverband der Steindruckunternehmer.

Der Fachverband deutscher Steindruckereibesitzer hatte nach dem auf der letzten Generalversammlung erstatteten Vorstandsbericht, der jetzt als Sonderbeilage der No. 14 des Unternehmerblattes beigelegt wurde, ebenso wie der Schutzverband einen Mitgliederverlust zu verzeichnen. Am 1. September 1908 gehörten ihm 653 Firmen an. Bis zum 15. Juni 1909 traten 25 Firmen ein, aber 41 aus, so daß der Fachverband an diesem Tage 637 Mitglieder zählte, also 16 weniger wie am 1. September 1908. Der Berichterstatter bemerkt tröstend, daß die eingetretenen »zum Teil« größere Firmen seien, während es sich bei den ausgetretenen »in den weitaus meisten Fällen um kleine Firmen« handeln soll, »die selbst den geringen Beitrag von 6 Mk. nicht bezahlen wollten oder konnten«. Die armen Teufel! Nicht einmal 6 Mk. jährlich oder 50 Pf. monatlich wirft ihnen ihr Betrieb zur Bezahlung ihrer Verbandsbeiträge ab! Einen fauleren Grund für die Mitgliederflucht, die doch nur dem mangelnden Vertrauen in den Unternehmerverband entspringt, konnte wohl der Vorstand wirklich nicht finden?!

Dagegen werden in dem Bericht über die Ursachen der schlechten geschäftlichen Lage des Gewerbes recht zutreffende Ausführungen gemacht. Nach der Hervorhebung der fortschreitenden Beschränkung des Auslandsmarktes wird betont, dieses alles sei »schließlich eine Folge der durch die neuen Handelsverträge geschaffenen, für unsere Branche so außerordentlich ungünstigen Zollverhältnisse. Kein einziger Zollvertrag ist zustande gekommen, welcher für uns auch nur als einigermaßen günstig zu bezeichnen wäre.«

Bemerkenswert ist, daß in dem Bericht hauptsächlich die Verminderung des Exports von Postkarten hervorgehoben wird, der nach der Reichsstatistik von 6458700 Kilo im Jahre 1907 auf 5154400 Kilo im Jahre 1908, d. h. also um ca. 20 Prozent zurückging. Trotz dieser im Bericht des Fachverbandes ausdrücklich hervorgehobenen Tatsache hat es der Schutzverband bekanntlich rundweg abgelehnt, gegen die Lehrlingszuchterei in der Postkartenbranche Stellung zu nehmen. Die in dieser herrschende einseitige »Ausbildung« speziell der Lithographenlehrlinge macht es ihnen nach der Lehre faßt völlig unmöglich, in einer anderen Branche des Gewerbes ihr Fortkommen zu finden. In der »erlernten« Branche werden ihnen durch den auch von den Unternehmern hervorgehobenen Rückgang des Verbrauchs und damit auch der Produktion die Existenzmöglichkeiten immer mehr erschwert. Das alles weiß der Schutzverband! Trotzdem will er es den Postkartenanstalten auch in Zukunft möglich machen, junge Leute zu vierjähriger Ausbeutung anzunehmen, um dann einen großen Teil davon rücksichtslos in das Heer der ungelerten Arbeiter abzustößen! So sieht der »Schutz des Gewerbes« durch den Schutzverband aus!

Im Fachverbandsbericht wird im Anschluß an die Behandlung der Lage des Auslandsmarktes bemerkt, daß auch der Inlandsmarkt schwer gelitten hat, und zwar ebenfalls wieder besonders stark in der Postkartenbranche. Dafür werden neben der schlechten Sommerwitterung hauptsächlich »die verkehrfeindlichen Maßnahmen seitens der Regierung, wie z. B. die Erhöhung des Stadtportes«, durchaus zutreffend verantwortlich gemacht. In erster Linie ist aber die unverantwortliche Steuerpolitik Schuld an der Beschränkung des Inlandsmarktes für

alle Zweige des Gewerbes! Das hebt auch der Bericht besonders hervor.

Der Abschnitt über die geschäftliche Lage des Gewerbes schließt: »Alles in allem müssen wir, wenn wir die Geschäftslage für das Jahr 1908 betrachten, sagen, daß der Geschäftsgang unserer Betriebe durchaus unbefriedigend war, daß fast überall große Einschränkungen notwendig wurden, die mit Entlassungen von Arbeitern Hand in Hand gingen«. Wie es die Unternehmer durch diese Arbeiterentlassungen verstanden haben, die Folgen der schlechten Geschäftslage von sich auf andere abzuwälzen, das wurde bereits in dem Artikel »Fazit« (Gr. Pr. No. 27, S. 235) klar und deutlich gezeigt.

Aber die Unternehmer wollen sich nicht nur dadurch gegen Nachteile schützen, daß sie sie auf die Arbeiter abwälzen, sondern sie wollen auch das Uebel bei der Wurzel anfassen und mutig gegen die Hauptschuldigen an der traurigen Lage des Gewerbes, gegen die Regierung und gewisse Parteien zu Felde ziehen. Und darum beschlossen sie auf ihrer Nürnberger Generalversammlung den korporativen Beitritt der Abteilung Fachverband zum — Hansabund! Dagegen wird niemand etwas haben, obgleich wir gelinde Zweifel hegen, daß die auf den Hansabund gesetzten Hoffnungen sich erfüllen werden.

Um so schärfer muß aber gegen die Absicht protestiert werden, daß in der bei der Pressung der Lehrlinge in die gelbe Garde erprobten terroristischen Manier auch die Betriebsbeamten und kaufmännischen Angestellten für den Hansabund »interessiert« werden sollen, denn »gerade die Zahl der Mitglieder sei besonders wichtig und der geringe Beitrag von 1 Mk. lasse erwarten, daß sich keiner ausschließen würde.« Das ist fürwahr die schamloseste Ausnutzung der wirtschaftlichen Abhängigkeit der Angestellten zur Unterstützung der einseitigen wirtschaftlichen und politischen Interessenspolitik des Unternehmertums, umsomehr, als Beispiele vorliegen, in welcher Weise mit der »Werbung« für den Hansabund vorgegangen wird. Auch an die Arbeiterschaft heranzutreten scheinen allerdings die Steindruckunternehmer nach den üblen Erfahrungen, die sie mit der Pressung der Lehrlinge in den Frankfurter Verein gemacht haben, von vornherein als aussichtslos aufgegeben zu haben. Möchten sie mit der Pressung der Angestellten in den Hansabund dieselben Erfahrungen machen! Die politische Vertretung aller wirtschaftlich abhängigen Existenzen liegt nur in den Händen der Arbeiterpartei, der Sozialdemokratie. Das hat grade wieder die glorreiche »Reichsfinanzreform« auch dem politisch Blinden mit aller Deutlichkeit gezeigt!

Aus dem Fachverbandsbericht ist noch hervorzuheben folgender Satz in dem Abschnitt über das Verbandsorgan: »Ferner empfehlen wir dasselbe für Stellenangebote, da durch deren Veröffentlichung in »Deutschen Steindruckgewerbe« die Gehilfenschaft veranlaßt wird, unser Organ ebenfalls zu lesen und Kenntnis zu nehmen von unseren Absichten und Bestrebungen.« Weil auch wir diese Kenntnisnahme wünschen, hängen wir ja schon verschiedene charakteristische Auslassungen des Unternehmerorgans regelmäßig in der »Gr. Pr.« tiefer. Ob wir uns dadurch auch den Dank der Unternehmer erwerben, deren Wünschen wir, wie aus dem zitierten Satz ersichtlich ist, entgegengekommen sind, ist allerdings zu bezweifeln. Für unsere Kollegen werden aber hoffentlich diese Informationen über den wichtigsten und für die »Ansichten und Bestrebungen unserer Unternehmer bezeichnendsten Inhalt ihres Organs genügen, und sie werden sich bestens dafür bedanken, wegen eventueller Stellenangebote das Unternehmerblatt durch Abonnements und dem Unternehmerverband die Taschen zu füllen.

Brief aus Eßlingen.

Durch Abschluß einer Vereinbarung auf vier Jahre hat hier eine Lohnbewegung ihr Ende erreicht, die in ihrem Verlaufe eine Reihe von, zur eingehenden

Kritik veranlassenden, Momenten zeitigte. Nachdem am 1. Mai der Tarif zwischen der Firma J. F. Schreiber und den dort beschäftigten Lithographen und Steindruckern abgefaßt war, besprachen ihn die Gehilfen in mehreren Geschäftsversammlungen und stellten als neue Forderungen die Einführung der 8-stündigen Arbeitszeit für Lithographen und Chemigraphen sowie der wöchentlichen Lohnzahlung (seither 14-tägig) für sämtliche Kollegen und angesichts der Teuerungsverhältnisse eine Erhöhung der Löhne unter 30 Mk. wöchentlich auf. Am 7. Juni kam es nun mit der Firma zu Verhandlungen, zu welchen wir auch den Bezirks-Vorsitzenden zugezogen hatten, der aber von der Firma abgelehnt wurde. Als Erstes wurde die geforderte Lohnerhöhung auf das Entschiedenste abgelehnt mit dem Hinweis auf den überaus schlechten Geschäftsgang. Nun, wir sind der Ansicht, daß an diesem Umstand nicht die hohen Löhne schuld sind, sondern daß man die Gründe hierfür wo anders suchen muß. Ebenso wurde der wöchentliche Lohnzahlung als nicht annehmbar bezeichnet. Der Achtstundentag wurde bewilligt, aber als Compensation kommt für Lithographen und Chemigraphen der seither bestehende »Urlaub« (nach zehnjähriger Tätigkeit 3 Tage, nach 15 Jahren 4 Tage, nach 20 Jahren 6 Tage) in Wegfall.

Als dieses Ergebnis der Verhandlungen in der Versammlung bekanntgegeben war, wurde einstimmig beschlossen, an den eingereichten Forderungen festzuhalten. Besonders war es der Verlust des Urlaubs, der die älteren Kollegen in eine gewaltige Erregung brachte. Aber die Firma ging von ihrem Standpunkt nicht ab, mit Ausnahme der Verkürzung der Tariffdauer von 5 auf 4 Jahre.

Statt daß nun die Kollegen die richtigen Konsequenzen gezogen hätten, stimmten einige Unentwegte gegen den Achtstundentag, der uns ja schon bewilligt worden war, um ja ihren schönen Urlaub zu retten. Vor allen Dingen muß aber das Verhalten der drei Rotarimaschinenmeister gebührend gekennzeichnet werden. Diese Wackeren brachten es fertig, während der Bewegung mit der Firma Verträge abzuschließen auf monatlichen Zahltag und Kündigung. Am besten charakterisiert das Verhalten der unsicheren Kantonisten der Ausspruch eines in Kunstsachen fortgeschritten sei wollenden Kollegen, der folgendermaßen lautete: »Entweder mer macht ebbes oder nix, oder läßt's, wies ist.« Außerdem konnten sich einige Kollegen nicht enthalten, die Verhandlungen in unseren Versammlungen zu hinterfragen. Möchten sich diese Mannesseele das bekannte Sprichwort vom Denunzianten ins Gedächtnis rufen. Deshalb war es auch nicht verwunderlich, daß ein Vertreter des Hauptvorstandes im Verein mit dem Bezirks- und dem Ortsvorsitzenden, die bei der Firma vorsprachen, um eventuell eine Vereinbarung zum Abschlusse zu bringen, nicht empfangen wurden. Nun brachten wir unser Anliegen nochmals schriftlich vor. Auf dieses in Form und Inhalt anständige und maßvolle Schreiben bekamen die Gehilfen im Geschäfte eine Antwort, die — unerklärlich — ist.

Es wurde nämlich verkündet, daß, wenn nicht Ruhe im Betriebe einkehre, die Herren S. die Lust zum Arbeiten verlieren würden. Sie würden den Betrieb einschränken und die Folgen würden natürlich Entlassungen sein. Diese Antwort zeigt, wie sehr der Firma das Wohl ihres Personals am Herzen gelegen ist; sie hätte auch den Indifferentesten aufklären sollen. Aber statt dessen waren verschiedene eifrig bestrebt, ihre gute Gesinnung wieder in Erinnerung zu bringen, um ja ihre Lebensstellung nicht zu verlieren.

Trotzdem also die Situation für uns nicht günstig lag, wurde doch der Achtstundentag eingeführt, was eben als ein Erfolg der früheren Kämpfe des Senefelderbundes angesehen werden kann. Zum Schluß sei noch betont, daß sich gerade diejenigen Kollegen, die das ganze Jahr die Versammlungen schwänzen, am rückständigsten benommen haben. Hier zeigte sich deutlich, daß der Hinweis auf das »rauchige Lokal« nur der angebliche Grund ist, um die wahren Motive dieser Gleichgültigkeit zu verdecken. Nun ist ja glücklich wieder Friede und wir hoffen, daß die Firma den Vertrag »loyal« erfüllt.

Wir aber werden trotz alledem unablässig weiterarbeiten, um unser Ziel trotz aller offenen und verkappten Feinde endlich zu erreichen, zum Segen der Arbeiter.

Ortsberichte.

Crefeld. Die hiesige Zahlstellen veranstaltete am 15. Juli einen sehr lehrreichen, wissenschaftlichen Lichtbildervortrag. Der Fachschulleiter Kollege Faßold aus Nürnberg behandelte an der Hand von 40 verschiedenen Lichtbildern die Erfindung der Lithographie. Er zeigte Ansichten aus den Steinbrüchen von Solnhofen und von der Bearbeitung der Steine mit Hand und Maschine. Der zweistündige Vortrag, dem die Anwesenden mit großer Aufmerksamkeit zuhörten, wurde mit reichem Beifall aufgenommen. Alsdann zeigte Kollege Faßold den Anwesenden noch verschiedene in den Lithographiesteinbrüchen gefundene Versteinerungen, die großes Interesse erweckten. Leider fehlte ein großer Teil unserer Kollegen. Man sollte es fast nicht für möglich halten, daß bei einem derartigen lehrreichen Vortrag unsere Berufskollegen es vorziehen, sich anderswo zu unterhalten.

Der Lithograph.

Teil für die Interessen der Lithographen, Kartographen, graphischen Zeichner und Maler.
Redigiert von Fr. Schaeffer, Hannover.

Die Sprache des Diktators!

Selbst unter dem gewaltigen Druck der Krise vergrößert sich immer mehr die Zahl der Mitglieder unsers Verbandes. Das ist ein Beweis, daß die Kollegenschaft im allgemeinen doch erkannt hat, daß nur unser Verband der Hort ist, wo wirklich ihre Interessen wie auch die des ganzen Gewerbes vertreten werden. Dagegen will es bei unser Gegenorganisation, dem sogenannten Schutzverband deutscher Steindruckereibesitzer, gar nicht mehr vorwärts gehen, obwohl man dort mit den skrupellosesten Mitteln Mitglieder wirbt. Gewaltige Summen werden für diesen Zweck vergeudet, und doch ist das Ergebnis ein so überaus klägliches.

Das ist kein Wunder, denn jede Firma, die nur einigermaßen noch etwas auf gute Sitten hält, muß sich von dem Treiben des Schutzverbandes angewidert fühlen. Schon die Art, wie er sich eine gelbe Prätorianergarde unter der Helferschaft künstlich großzupäppeln sucht, muß bei jedem Unternehmer, der auf eine anständige Kampfweise Wert legt, Widerwillen erwecken. Und dieser Widerwille wird durch die Schamlosigkeit, die der Schutzverband bei diesem Beginnen offenbart, indem er die ihm vertrauensvoll überantworteten Lehrlinge wider ihren Vorsatz gewaltsam in das gelbe Heer hineinzwängt, geradezu zum Abscheu gesteigert. Nebenbei sei bemerkt, daß diese brutale Vergewaltigung der Lehrlinge selbst vielen seiner Mitglieder, nämlich denen, die die Nutzlosigkeit dieses sauberen Tuns eingesehen haben, nachgerade schon sehr fatal wird. Wenigstens mögen viele nicht mehr für ihre in den gelben Verein gewaltsam hineingezwängten Lehrlinge die Beiträge entrichten. Für ein Unternehmen, von dem man keinen Nutzen erwartet, Geld auszugeben, ist eben nicht jedermanns Sache! Und wie auf der letzten Generalversammlung des Schutzverbandes der Generalissimus Dr. Gerschel bei seinen **vertraulichen** Mitteilungen über die Helflichen und Lehrlingsversicherung bei dem Unterstützungsverein Senefelders bekundete, ist dies auch der Grund, weshalb sich die Leitung des Schutzverbandes genötigt sah, die **Zahlung sämtlicher Beiträge für diese versicherten Lehrlinge nunmehr direkt aus seiner Hauptkasse zu leisten.**

So erweist sich also der Schutzverband deutscher Steindruckereibesitzer in jedem Betracht als ein ganz schlimmer **Gewerbeschädling**. Wenn das noch nicht offenbar geworden ist, dem sei es im folgenden noch besonders nachgewiesen.

Um den Schutzverband stünde es bekanntlich noch weit schlechter, wenn er nicht beim Werben seiner Mitglieder so eigenartige Mittel anwendete, und wenn er nicht einen so sanften Druck auf die Privatlithographen ausübte, also auf Leute, die von ihm wirtschaftlich abhängig sind. Es muß doch wirklich schlecht mit seiner Anziehungskraft bestellt sein, wenn sich der Schutzverband solcher Mittel bedienen muß. Denn es gibt nichts verwerflicheres als die Terrorisierung wirtschaftlich Abhängiger, so sagte erst neulich ein Herr mit dem idyllischen Namen *Felix Kuh* in der Deutschen Arbeitgeberzeitung, aus der Herr Dr. Wagner, der Redakteur des Moniteurs des Schutzverbandes, seine ganze geistige Nahrung bezieht. Und dabei handelt es sich bei den Privatlithographen oben drein noch meist um Angehörige unsres Gewerbes, die ihrer ganzen wirtschaftlichen Stellung nach — sie sind entweder nur Heimarbeiter, oder sie sind halb Heimarbeiter und halb Subunternehmer — gar nicht in den Rahmen dieser kapitalistischen Scharfmacherorganisation hineinpassen. Eine wahre Vertretung ihrer Interessen können die Privatlithographen von den schutzverbändlerischen Steindruckereibesitzern, von denen sie doch in ihrer Eigenschaft als Heimarbeiter genau so wie die Gehilfen ausgebeutet werden, gar nicht erwarten. Und was sie als Subunternehmer alles von den Steindruckereibesitzern zu erdulden haben, darüber haben wir in verschiedenen Privatlithographen-Versammlungen in Leipzig ja recht erbauliche Sachen gehört. Wir wollen es unterlassen, die Dinge jetzt hier alle aufzuzählen. Nur das eine sei gesagt, daß dort Privatlithographen viel Klage darüber führten, daß sie von den Steindruckereibesitzern, die sich jetzt so gern als ihre Beschützer aufspielen, oft eine Behandlung erdulden müßten, die sich nicht der geringste Knecht, am allerwenigsten aber ein organisierter Gehilfe gefallen ließe.

Das alles hindert natürlich den Schutzverband nicht, ein ganzes Heer solch geknechteter Privat-

lithographen in seinen Reihen aufzunehmen. Er nimmt diese Leute auf im wahren Sinne des Wortes; dienen sie ihm doch vortrefflich als Statisten zum Füllen seiner Mitgliederliste, wobei er noch oben drein die Gelegenheit hat, aus ihnen einen Jahresbeitrag zu pressen zur Förderung der Ausbeuterinteressen der schutzverbändlerischen Steindruckereibesitzer.

Was schützt denn nun eigentlich dieser Schutzverband? Nach seiner Angabe seine Mitglieder vor unberechtigten Angriffen seitens der ausgebeuteten Gehilfen! In Wirklichkeit schützt er aber den **größten Rückstand** in unserm Gewerbe; er ist **Feind jeder kulturellen Entwicklung, jedem gesunden gewerblichen Fortschritt!** Damit erweist er sich als schlimmer Gewerbeschädling, als Schädling nicht nur für die Gehilfen, sondern auch für jedes anständige lithographische Unternehmen.

Unter einer Schmutzkonzurrenz, die auf **Lohn-drückerei** beruht, haben bekanntlich wir Arbeiter und die solidern Unternehmungen gleichermaßen zu leiden. Aber je stärker eine solche Schmutzkonzurrenz betrieben wird, mit desto größerem Eifer wirft sich zu ihrem Schutze gerade dieser sogen. Schutzverband ins Zeug. Das bewies er erst neulich wieder bei Gelegenheit einer Differenz in einer Kunstanstalt Thüringens. Er hielt es sogar für nötig, die betreffende Nummer seines Moniteurs, worin der Artikel zum Schutze der überaus großen Schmutzkonzurrenz jener Anstalt enthalten war, mit einem besonderem Hinweis schreiben in Schreibmaschinen-schrift an die einzelnen Mitglieder zu versenden. (Herr Dr. Wagner, der Redakteur des Organs des Schutzverbandes, muß doch wohl die Gewißheit erlangt haben, daß die Schutzverbändler ohne Hinweis schreiben seine Geistesprodukte gar nicht lesen!)

Das ist also ein netter Schutz, den die soliden Steindruckereibesitzer von diesem Schutzverband genießen!

Genau so steht es aber auch mit dem Schutz, den der Schutzverband den besseren Privatlithographen angedeihen läßt, die bei guter Arbeit auch auf gute Preise halten. Wie sehr gerade diesen Anstalten durch die Preisdrückerei gewisser Schmarotzerexistenzen das Leben sauer gemacht wird, darüber wurde ja auch in den oben erwähnten Privatlithographenversammlungen manch trauriges Liedlein gesungen. Und da macht sich nun der Schutzverband nachgewiesenermaßen geradezu einen Sport daraus, solche schmarotzende Elemente zu züchten. Das ist die Gegenleistung für die Beiträge, die so mancher Privatlithograph für den Schutzverband schwitzen muß!

Bei diesen Prinzipien, die der Schutzverband vertritt, ist es natürlich nicht zu verwundern, daß Herr Dr. Wagner, der besonders für die Unternehmerverhetzung vom Schutzverband angestellt worden ist, in der letzten Nummer des Steindruckgewerbes wie wütend über unsern Artikel über den Ausgang der Bewegung in der Berliner Privatlithographie von M. Schönherr herfällt. Es ärgert ihn sehr, daß wir dort geordnete Zustände geschaffen haben. Unter seinem bekannten Stichwort **Widerum ein Schulbeispiel** sagt er: „Wie es denjenigen Prinzipalen geht, welche (denjenigen, welche ein feines Papierdeutsch. Siehe Wustmann *Allerlei Sprech-dammheiten*, Seite 235!) den Weg zu der Organisation, in die sie hineingehören, immer noch nicht finden können, das geht wieder einmal aus dem Schicksal hervor, das eine Berliner Firma erlitten hat.“ Nun zitiert der Herr Doktor den ersten Absatz unsers Artikels, worin wir die Tatsache unsers Erfolgs bekunden, und bemerkt dann zum Schluß: „Ein Kommentar zu dieser Sprache des Diktators ist überflüssig.“

Für den Doktor der Scharfmacherei bedeutet es also schon den Anfang der Diktatur des Proletariats, daß wir ohne die Genehmigung des Schutzverbandes mit Mißständen aufgeräumt haben, die nicht nur ein Schaden für unsre Berliner Kollegen waren, sondern auch für die ganze Berliner Privatlithographie. Hatte doch der **Verein selbständiger Lithographen** Berlins Herrn Schönherr in einem Schreiben an unsre dortige Sektionsleitung energisch von sich abgeschüttelt. Die mißlichen Verhältnisse, die bei diesem Herrn herrschten, wollte er unter keinen Umständen billigen. Welcher Art die waren, ist ja in dem Berliner Versammlungsbericht in No. 26 der *Graph. Presse* anschaulich geschildert. Weil wir wagten, an diesen großen Mißständen zu rütteln, deswegen also schon das große Geschrei von der Diktatur. Das ist bezeichnend! Dabei haben wir weiter nichts getan, als Verhältnisse geschaffen, wie sie selbst der Schutzverband unserm Verband gegenüber als gerecht und billig niedergelegt hat.

Nun wird wohl jeder erkennen, wohin bei diesem kulturfeindlichen Scharfmachergebilde in unserm Be-

ruf die Reise gehen soll. Wer da nicht mitmachen will, der betätige sich in unsrer Organisation!

Der Steindruckereibesitzer.

Teil für die Interessen der Stein-, Zink-, Aluminium- und Notendrucker.

Aus den Sektionen.

Leipzig. Unsre Versammlung vom 14. Juli ehrte vor Eintritt in die Tagesordnung das Andenken des Kollegen Obier in der üblichen Weise. Die Versammlung galt als Fortsetzung der Versammlung vom 14. Juni. Daher wurde zunächst die Diskussion über das Referat des Kollegen Pfeiffer wieder aufgenommen. Hierbei überraschte Kollege Risch durch die Erklärung, daß in eine nähere Auseinandersetzung über die strittigen Punkte des Schlußwortes des Referenten nicht eingetreten werden solle, da das Agitationskomitee die Sache bereits selbst geregelt habe; für die Allgemeinheit sei es vorteilhafter, die Angelegenheit im internen Kreise zu behandeln. Ein Redner gab seiner Befriedigung über diesen Beschluß Ausdruck und hob hervor, daß es nur von Nutzen sein kann, wenn Meinungsverschiedenheiten über die Behandlung von Differenzen in hiesigen Firmen im Agitationskomitee selbst geregelt werden. Auch die Versammlung war damit einverstanden. Sodann gab der Kartelledelegierte einen kurzen Bericht über seine Tätigkeit im letzten halben Jahre. Eine rege Debatte setzte ein bei der Anregung des Kollegen Pfeiffer zur Einberufung einer Steindruckerkonferenz. Besonders hervorgehoben wurde die dauernde Steigerung der Tagesleistungen der Maschinendrucker. Es sei an der Zeit, diesem Uebelstande energisch zu steuern. Folgende Resolution fand einstimmige Annahme: „Die Versammlung beauftragt das Agitationskomitee der Sektion I dahin zu wirken, daß zu geeigneter Zeit eine Konferenz der Maschinendrucker einberufen wird.“ Zum Schluß erinnerte Kollege Pfeiffer an unsere Lehrlingsabteilung. Er appellierte an die Kollegen, in der Einführung und Aufklärung unserer Lehrlinge nicht zu erlahmen.

Photogr. Mitarbeiter.

Teil für die Interessen der Porträt-Photographen
Zentralarbeitsnachweis: Wilhelm Hünlein, Berlin N. 29.
Anklamerstr. 27, 1. — Telefon-Amt III. 5246.

Anregungen zur Photographengehilfen-Konferenz.

Eine gutbesuchte Versammlung der Dresdener Porträtphotographen nahm das Referat des Kollegen Reinhardt über die Gehilfen-Konferenz in Dresden entgegen und beschloß, folgende Fragen auf der Konferenz zur Diskussion zu stellen:

1. Sind vierteljährliche Berichte über den Stand der Mitgliederbewegung angebracht?
2. Ist es möglich, in unserm Verbandsorgan eine regelmäßige Uebersicht über die Tätigkeit der Prinzipalsorganisation und ähnliche unseren Beruf betreffende Angelegenheiten zu bringen?
3. Hält die Konferenz die Einsetzung einer Kommission zur Aufstellung eines für Deutschland geltenden Normaltarifs für zeitgemäß?
4. Gedankt die Zentralkommission einen Gegenseitigkeitsvertrag mit den österreichischen Porträtphotographen herbeizuführen.
5. Sollen wir in Berücksichtigung unserer weiblichen Mitarbeiter der Generalversammlung eine Staffellung der Beiträge für diese und vielleicht auch für die unter 90 Mk. im Monat verdienenden Kollegen vorschlagen?

Folgendes zur kurzen Begründung:

1. Durch den vierteljährlichen Bericht über die Mitglieder-Bewegung ist es eher möglich, an schwachen Stellen mit der Arbeit besonders intensiv einzusetzen und vor allen Dingen wird das Interesse zum Verband ganz wesentlich gestärkt. Ob die Berichte durch das Verbandsorgan oder durch Zirkular an die Filial-Vorsitzenden erfolgen, ist eine Frage der Taktik.
2. Es ist den Mitgliedern nicht möglich, die zahlreichen Fachzeitschriften zu verfolgen. Eine gedrängte Uebersicht über die wichtigsten Vorkommnisse im Beruf würde das Interesse am Organ stärken. Es sei betont, daß einstimmig die Dresdener Kollegen unser Organ als ganz vorzüglich redigiert betrachten; der Vorschlag soll nur eine Bereicherung in den speziellen photographischen Angelegenheiten sein.
3. So wertvoll unsere Unterstützungseinrichtungen sind, so sicher ist: Die wirksamste Agitation ist das Erheben von Forderungen wirtschaftlicher Art. Eine Kommission soll deshalb an der Hand von ein oder zwei in nächster Zeit stattfindenden Enqueten einen Normaltarif aufstellen, mit dem eine energische Agitation betrieben und der überall dort zur Durchführung gebracht werden soll, wo die

Stärke der Organisation dies ermöglicht. Ob die Klassen des Buchdruckerarifes Anwendung finden, möge die Kommission prüfen.

4. Gegenwärtig genießen unsere Mitglieder wohl in Oesterreich Unterstützung usw. Die Mitglieder des Oesterreichischen Photographengehilfenverbandes haben bei uns keinerlei Anrecht. Sind sie in Deutschland beschäftigt, so verbleiben sie deshalb in früheren Verbände oder gehen der Organisation verloren. Sachsen als Grenzland, in dem viele österreichische Kollegen arbeiten, hat an der Frage ein besonderes Interesse.

5. Ein großer Teil der Arbeiter in der Porträphotographie ist weiblichen Geschlechts und hat ein Einkommen bis höchstens 80 Mk., oft nur 50 Mk. und darunter. Von Jahr zu Jahr nimmt die Zahl der Kolleginnen, denen Gelegenheit zur Organisation gegeben werden muß, und der Beitrag von 1,20 Mk. ist für diese unerschwinglich. In bedingtem Maß trifft dies zu auf einen Teil der besonders schlecht entlohnten männlichen Kollegenschaft. Bemerkenswert sei, sämtliche anwesenden Mitglieder wollten für ihre Person den jetzigen Beitrag beibehalten wissen. Es wurde erklärt: Gelingt es durch kräftige Arbeit, die jämmerlichsten Löhne zu beseitigen (eventuell durch den Tarif), so ist für sämtliche Kollegen besser, eine Staffellung abzulehnen und nur eine Beitragsklasse für Kolleginnen einzurichten.

Bemängelt wurde noch von verschiedenen Mitgliedern die plötzliche Einberufung des Kongresses und die späte Mitteilung an Dresden. Die Konferenz wäre verworfen Anfang nächsten Jahres, nachdem schon mehr Erfahrung vorhanden, abgehalten worden. Die Tagung zur Ausstellung sei nicht so notwendig, umso mehr, als gerade in Dresden zur Zeit der Konferenz das größte Volksfest stattfindet und eine Agitation sehr erschwert ist.

Kollege Reinhardt hob demgegenüber nochmals die Bedeutung der Konferenz hervor. Die Wahl ergab die Delegation Reinhardts.

Sektion V, Dresden.

Photographische Gratis-Vergrößerungen.

Die „Dresdener Volkszeitung“ beschäftigte sich am 10. Juli mit einer Ende Mai abgehaltenen Versammlung der Dresdener Porträphotographen und brachte folgenden Bericht: Eine Versammlung, die ihrer Tagesordnung wegen auch weiteren Kreisen der Arbeiterschaft bekannt zu werden verdient, tagte Ende Mai im Restaurant Stadt Braunschweig, Jakobsgasse. Die im Senefelder-Bund organisierten Porträphotographen nahmen Stellung zu den mit vieler Reklame angekündigten „Gratisvergrößerungen.“ Einiges aus den Ausführungen des Referenten Reinhardt-Dresden sei hervorgehoben. Schon seit über Jahresfrist wird in seitenlangen Inseraten bürgerliche Blätter gewaltige Reklame gemacht für eine Reihe Kunstanstalten, die angeblich ganz umsonst, nur der Einführung der Firma willen, Vergrößerungen in Hunderttausenden von Exemplaren anfertigen. Einer modernen Gewerkschaft kann wohl die Art der Reklame, die die Unternehmer für gut befinden, gleichgültig sein, das System jedoch, das sich hinter diesen, den photographischen Beruf auf das engste berührenden „Kunstanstalten“ verbirgt, zwingt unsere Organisation, dazu Stellung zu nehmen, da nicht nur schwere Schädigungen unserer Kollegen, sondern in noch weit höherem Maße der Allgemeinheit durch die die Grenzen des Strafgesetzbuchs hart streifenden Geschäftsmaximen eingetreten sind und noch mehr einzureißen drohen. Die Art eines solchen Geschäftsbetriebes ist kurz folgende. In den Tageszeitungen einer bestimmten Stadt erscheinen plötzlich und mehrmals hintereinander seitenlange Inserate, die ankündigen, die Firma N. N. hat, um sich in dem Orte einzuführen, 100.000 Bilder zur Verfügung gestellt, die sie vollständig gratis an Reflektanten abgibt. Der Interessent hat nur nötig, ein Originalbild an die Firma zu senden, und erhält dann gänzlich portofrei eine künstlerisch ausgeführte Vergrößerung. Der Leichtgläubige, der der Firma ein Bild — sehr oft eine unersetzliche Erinnerung oder das Porträt eines Verstorbenen — sendet, erhält nach einiger Zeit einen völlig wertlosen Rohabzug mit einem Begleitschreiben, das besagt, die Photographie bedarf zu ihrer endgültigen Fertigstellung noch einer Nachbearbeitung, die gegen Einsendung von 5 Mk. — oft mehr, selten weniger — seitens der Anstalt vorgenommen wird. Außerdem wird auf das große Rahmenlager aufmerksam gemacht und zum Betrage von 5 Mk. bis 8 Mk. ein passender Rahmen — angeblich zur Hälfte billiger als bei irgend einer anderen Firma — offeriert. Das Endresultat ist für 15 bis 18 Mk. eine Vergrößerung, die in weit besserer Ausführung bei jedem Photographen weit billiger zu haben ist. Der Versand geschieht nur per Nachnahme, und eine vorherige Prüfung des Bildes ist natürlich unmöglich. Außer den Annoncen, die ein ganz gewaltiges Kapital verdingen, bezahlen die Firmen noch Reisende, die besonders die Frauen gern aufsuchen. Wie rentabel das Geschäft ist, geht daraus hervor, daß ein Reisender für jedes Bild, das er zur Vergrößerung einsendet, 2 Mk. Provision erhält, ganz gleichgültig, ob darauf die bezahlte Ausarbeitung bestellt wird

oder nicht. Die Kunstanstalten haben einen staunenswerten Umfang angenommen. In Dresden befindet sich eine solche Firma, die hier und in Berlin einen ganzen Stab Kontorpersonal beschäftigt. Wie zufriedenstellend die Bilder in den meisten Fällen sind, beweist, daß allein zwei Kontoristen in der regulären Geschäftszeit die laufenden Gerichtssachen nicht bewältigen können. Große Schwierigkeiten erwachsen denjenigen, die, ohne sich in der geschilderten Art rufen zu lassen, ihre Originalphotographie zurück verlangen. Die oft geradezu unsinnigen Versuche der Unternehmer im Photographengewerbe, dem Unwesen zu steuern, übergehen wir. Die einzige Möglichkeit, etwas zu erreichen, ist Aufklärung der Bevölkerung, die jedoch nicht durch die bürgerlichen Inseratenplantagen, sondern nur durch die sozialdemokratischen Blätter und durch die Gewerkschaftsorgane erfolgen kann. Nach einer interessanten Debatte, die ganz charakteristische Streiflichter auf das Unwesen der besprochenen Firmen warf, wurde eine Resolution angenommen, die die Veröffentlichung der zutage getretenen Mißstände beschließt und alle arbeiterfreundlichen Blätter, besonders auch in der Provinz, um Abdruck bittet.

R. D.

Aus den Sektionen.

Dresden. Trotz verschiedener Schwierigkeiten, die die Agitation zeitweise verhinderten, schreitet unsere Zahlstelle vorwärts. Einige unsichere Elemente, die bei dem Aufgehen des Photographengehilfenverbandes in unsere jetzige Organisation mit übernommen wurden, sind gestrichen worden und trotzdem ist unsere Mitgliederzahl derart gestiegen, daß wir jetzt schon wieder einen ganz beträchtlichen Prozentsatz der Dresdener Kollegenschaft in unserer Abteilung vereinigt haben. Die Zahl der Versammlungsbesucher nimmt stetig zu und das Vertrauen in die Organisation, das unter den früheren Verhältnissen arg ins Wanken geraten war, hat sich wieder gefestigt. Versammlungen fanden statt im Januar: Lichtbildervortrag von Kollegen Reinhardt über „Leben und Treiben im Orient“. In über 100 Lichtbildern, denen ein 1 1/4 stündiger Vortrag vorausging, zeigte Redner der auch von Kollegen anderer Sektionen besuchten Versammlung die Schönheiten und Nachteile orientalischen Lebens. Im Februar hielt uns Herr Bruno Wiehr ein ebenfalls durch Lichtbilder illustriertes Referat über „Die Kunst in der Photographie“. Die erschienenen 25 Kollegen spendeten den interessantesten Ausführungen, sowie den vorzüglichen Wiehrschen Diapositiven reichen Beifall. „Die Arbeiterbewegung in Rumänien“ war das Thema, das Kollege Reinhardt in der März-Versammlung anschaulich behandelte. Die April-Versammlung beschäftigte sich mit der Ausstellung. Ein von der Versammlung beschlossenes Gesuch an die Ausstellungsdirektion um Ermäßigung der Dauerkarten auf Mk. 3.—, analog der Studenten- und Schülerkarten, wurde, wie schon mitgeteilt, abschlägig beschieden. Ende Mai nahmen wir in gut besuchter Versammlung Stellung zu der überhandnehmenden Unsitte der Gratisvergrößerungen. Der Verlauf der Versammlung ist an anderer Stelle geschildert. Ende Juni beschäftigten wir uns mit der voraussichtlich in Dresden stattfindenden Photographengehilfen-Konferenz. Eine Reihe Anträge wurden zur Diskussion gestellt, die ebenfalls besondere Behandlung verdienen. Besonders erhellend trat in der Versammlung zutage, daß auch unsere Kollegen den Wert der verhältnismäßig hohen Beiträge eingesehen haben. Einstimmigkeit herrschte darüber, die Konferenz möge Mittel und Wege finden, eine festgefügte Organisation der Gehilfenschaft herbeizuführen, um endlich auch bei uns wieder einmal Hand anlegen zu können an die so dringend notwendige Besserung unserer Lebensverhältnisse. Das neue Halbjahr stellt uns vor eine arbeitsreiche Aufgabe. Gilt es doch, die Kollegenschaft Deutschlands, die in unseren Mauern über den Fortgang in unserer Organisationstätigkeit beraten soll, würdig aufzunehmen. Möge die Tagung von gutem Erfolge auch für Dresden begleitet sein. Ihr Dresdener Kollegen aber: tut weiter eure Pflicht wie bisher und der Erfolg wird nicht ausbleiben.

Die Tapetenbranche.

Teil für die Interessen der Formstrecher, Tapeten-, Linoleum-, Wachstuch-, Zeug- und Seidendrucker.
Arbeitsnachweisleiter: C. Schubart, Berlin N. 20,
Budstraße 26.

Aus den Sektionen.

Eilenburg. In der Versammlung vom 17. Juli wurde nach der Wahl eines neuen Schriftführers und eines Kartelldelegierten und nach der Erstattung des Kassenberichts vom letzten Quartal der Sektionsbericht aus Leipzig in No. 28 der „Gr. Pr.“ verlesen, der sich auch mit den Eilenburger Verhältnissen befaßt. An die Verlesung schloß sich eine heftige Debatte, in der die Leipziger Ausführungen zurückgewiesen wurden. Sodann wurde berichtet, daß zwei hiesige Firmen die Arbeit nunmehr wieder aufnehmen, nachdem wochenlang ausgesetzt worden ist. Beschlossen wurde, daß sich jeder Arbeitslose, der Unterstützung bezieht, zweimal wöchentlich beim

Kassierer zur Kontrolle zu melden hat. Unterstützung soll nur nach Vorweisung der Ausweisarte vom Arbeitsnachweis ausgezahlt werden.

Leipzig. Die Juliversammlung begann wieder mit Berichten über Vertrauensmänner- und Agitationsausschußsitzungen, die mit Interesse entgegengenommen wurden. Unter Zugrundelegung der vom hiesigen Bezirksausschußvorgenommenen statistischen Aufnahmen in unserem Berufe und im Anschluß an unsere letzte Statistik („Gr. Pr. No. 28“) teilte der Vorsitzende mit, daß in den in Frage kommenden 4 Stechereien in der Zeit von 1. Juli 1908 bis 30. Juni 1909 3042 Ueberstunden geleistet worden sind, während 2070 Stunden ausgesetzt werden mußte. Die Vertrauensmänner wurden angewiesen, diese Feststellungen auch künftig genau zu buchen. Auch hielt man es für ratsam, wenn derartige Erhebungen auch die Zentralleitung über ganz Deutschland vornehmen würde. Sodann wurde ein Brief aus Wien verlesen, der uns einigen Aufschluß über die dortigen Tarifverhältnisse gibt. Der Minimallohn beträgt in Guntramdorf 10, nach dem 1. Gehilfenjahr 18, nach dem 2. 20 Kronen, dann nach Leistung. In Wien ist diese Staffel laut Tarif 2 Kronen höher. Die Arbeitszeit ist 9stündig und für Ueberstunden gibt es 30 Proz. Zuschlag. Wir sehen daraus, daß man in den beiden letzten Punkten uns deutschen Kollegen um etwas voraus ist. Die Tapetendrucker der Firma Langhammer führten lebhaft Klage über ein in ihrer Fabrik letzthin eingeführtes Kontrollsystem. Jeder Drucker erhält einen Zettel, auf dem er genau zu vermerken hat, wie lange er an einer bestimmten Arbeit zubrachte. Selbst der von jedem Einzelnen gemachte Abfall wird gewogen und genau registriert. Man war im Zweifel, ob dies in allen Tiag-Fabriken eingeführt ist, und beauftragte aus diesem Grunde den Vorsitzenden, sich mit der Zentralkommission in Verbindung zu setzen, um darüber Klarheit zu schaffen. Hierauf wurde die von Druckern sehr schwach besuchte Versammlung geschlossen.



Feuilleton.

Die Funktionen der Haut.

(Nachdruck verboten.)

Die oberste Bedeckung des tierischen Körpers bildet die Haut. Sie spielt im Haushalte des Körpers eine überaus wichtige Rolle, indem sie gleichzeitig zu mehreren verschiedenen Zwecken verwendet wird und dementsprechend ist sie auf das kunstvollste eingerichtet.

Die Haut ist bestimmt, als Kleid und Schutz dem Geschöpfe zu dienen, das sie trägt, sie soll die ununterbrochenen tätigen Einflüsse, welche von der umgebenden Körperwelt auf dasselbe wirken, teils mäßigen und soweit abschwächen, als das Uebermaß derselben dem Organismus unfehlbar nachteilig sein und ihn aufreiben müßte, wie etwa die Verhältnisse von Wärme und Kälte, die Einwirkungen der Luft und dergl., teils soll sie dieselben soviel als möglich ganz aufheben, so den Druck und den Stoß oder überhaupt die Berührung anderer Gegenstände. Wie groß und wohltätig schon in dieser Hinsicht die Wirkung der Haut für das Leben des Körpers ist, kann ein jeder leicht empfinden und hat es wohl auch schon erfahren an den Schmerzen, die der Einfluß von Wärme oder Kälte oder die leichteste Berührung irgend eines fremden Gegenstandes verursachen an Stellen des Körpers, die von der Haut entblößt sind. Als Kleid ist die Haut bestimmt, die im Körper vorhandene und zu dessen Existenz unentbehrliche Wärme zu erhalten und zu verhindern, daß sie weder eine bestimmte Höhe übersteige, noch darunter herabsinke. Die Haut vermittelt ferner durch das Tastgefühl den Verkehr mit der Außenwelt, indem besonders der Tastsinn, welcher in der Haut seinen Sitz hat, uns allein über die wahre Gestalt der Körper zu belehren imstande ist, und er allein uns über den Raum und seine Ausdehnung nach verschiedenen Richtungen unterrichtet.

Schutz gegen Einflüsse von außen gewährt uns die Haut dadurch, daß sie an ihrem oberflächlichen Teile mit einer unempfindlichen Schicht überzogen ist, der sogenannten Oberhaut, welche durch ihre Unempfindlichkeit geeignet ist, alle die Wirkungen abzuhalten, die nicht mit großer mechanischer Kraft auf den Körper eindringen. Um aber äußeren Gewalten, die dem Körper Verletzungen beibringen könnten, einen größtmöglichen Widerstand leisten zu können oder wenigstens dieselben soviel als tunlich abzuschwächen, besitzt sie eine gewisse Dicke und Festigkeit, d. h. die Teile, aus denen sie zusammengesetzt ist, sind in mehrfachen Lagen übereinandergehäuft und hängen mit ziemlicher Kraft untereinander zusammen, und schon dadurch setzt sie den Schädlichkeiten einen weit höheren Widerstand entgegen, als man wohl auf den ersten Augenblick anzunehmen geneigt wäre. Zudem ist sie noch mit einer ziemlich bedeutenden Fähigkeit zum Nachgeben, mit Elastizität begabt, welche sie wiederum selbst vor Verletzung schützt. Sie läßt sich in ziemlich hohem Grade ausdehnen, wie sich besonders bei Krankheiten z. B. Geschwülsten oder Wassersucht deutlich zeigt, und nimmt nach Beseitigung

des Druckes vollständig ihre frühere Gestalt wieder an, wenn derselbe natürlich nicht gar zu übermäßig und zu lange andauernd war. Sie ist deshalb auch wohl fähig, außerdem Drucke bis zu einer gewissen Grenze zu folgen, ohne zu zerreißen. Zu diesen so vortrefflichen Eigenschaften gesellt sich noch die überaus angemessene Weise, in welcher sie am Körper befestigt ist. Sie ist nämlich den unter ihr befindlichen Körperteilen ganz lose angeheftet, so daß man sie an den meisten Stellen ohne Mühe aufheben kann, wodurch sie eine große Verschieblichkeit erhält und mit Leichtigkeit unter einem heftig und schnell ankommenden Körper hinweggleiten kann, wodurch die Größe der einwirkenden Kraft um ein Beträchtliches gemindert wird.

Für den Zweck der Erhaltung der Wärme des Körpers, damit derselbe seine Eigenwärme durch Abgabe an die Umgebung nicht schneller verliere, als sie in ihm sich bildet, ist die Haut aus Stoffen gebaut, welche die Wärme schwer und unvollkommen hindurchlassen, enthält aber zu gleicher Zeit Organe, welche eine übermäßige Steigerung der inneren Wärme hindern.

Durch diese Einrichtung allein wird Menschen und Tieren in höherem oder geringerem Grade ihre Unabhängigkeit von den äußeren Temperaturverhältnissen gesichert und ihnen bis zu einer gewissen Grenze die Fähigkeit verliehen, in verschiedenen Klimaten zu leben. Ueberhaupt aber ist die Wärme des Wohnortes, selbst in den heißesten Gegenden, vielleicht mit Ausnahme weniger Tagesstunden, bedeutend niedriger als die Wärme beträgt, wie sie für das Leben der höheren Tiere unerlässlich ist, und daher wäre auch die Existenz der Vögel und Säugetiere einschließlich des Menschen unmöglich, wenn sie nicht eben die Fähigkeiten besäßen, sich ihre Körperwärme unabhängig von den äußeren Wärmegraden zu erhalten.

Weil aber meist die alten Temperaturverhältnisse sehr beträchtlich von der Körperwärme abweichen, hat die Haut noch besondere Hilfsorgane in den Haaren oder Federn ausgebildet, die in ausgezeichneter Weise den schädlichen Einfluß der niedrigen äußeren Temperatur abhalten und den Körper vor zu großer Wärmeentziehung sichern. Die Haare sind im wesentlichen Anhänge und Auswüchse der Haut, und die Form, in der sie als Federn bei den Vögeln auftreten, ist nur eine höhere Entwicklungsstufe desselben Gebildes, das als Haar die Haut des Säugetieres bedeckt. Die Haare resp. Federn sind in ganz unzähliger Menge über die Haut verbreitet, in verschiedenen Körpergegenden verschieden dicht, entsprechend dem Bedürfnis. Wie die Natur auch diese Gebilde zugleich zur Waife bei verschiedenen Tieren umzubilden vermochte, lehrt uns das Beispiel des Igels und des Stachelschweins, die durch ihre Bewehrung mit den zu Stacheln verdickten Haaren geradezu unangreifbar werden. Sie werden meist auch mit der Jahreszeit gewechselt; bei dem Herannahen der kälteren Periode wird der Pelz oder das Gefieder dichter und das einzelne Haar entsprechend stärker und gröber, beim Beginn der warmen Jahreszeit wird die Behaarung dünner, jedes Haar feiner und zarter; in ganz ähnlicher Weise machen sich klimatische Einflüsse geltend.

Die Haut ist ferner der Sitz des Tastsinnes, welcher uns Kunde verschafft von der wahren Gestalt der Körper, da wir durch das Auge nur Bilder von den Gegenständen außer uns erhalten. Erst dadurch, daß wir uns selbst und andere Gegenstände mit den Händen und anderen Teilen unseres Körpers seit frühester Jugend von den verschiedensten Seiten berührt haben, ist uns die Erfahrung geworden, daß die Dinge nicht flächenhaft, sondern körperlich nach drei Richtungen sich ausdehnen. Die Tasteindrücke werden vermittelt durch die Tastwätzchen, kleine Erhebungen wie feine Nadelspitzen, die in fast unberechenbarer Anzahl unterhalb der unempfindlichen Oberhautfläche angebracht sind, mit der Spitze ihr zugewendet, und feine Nerven von unten her aufnehmen, welche die Eindrücke, die bis zu ihnen von außen her gedrungen sind, mit ziemlicher Schnelligkeit zum Bewußtsein bringen.

Um der Hautoberfläche die nötige Geschmeidigkeit zu verleihen, ist sie mit den sogenannten Talgdrüsen ausgestattet, die sich überall am Grunde der Haare befinden und ihre Öffnung da besitzen, wo das Haar aus der Haut hervortritt. Diese sondern eine ölige, fettige Masse, den Hauttalg, ab, welcher eben zur Einfettung der Haut und der Haare bestimmt zu sein scheint.

Eine zweite Art von Drüsen, die ebenfalls der Haut angehören, sind die Schweißdrüsen. Sie besorgen die Ausdünstung der Haut und scheiden fortwährend eine Flüssigkeit ab, die auf der Haut verdunstet und dadurch eine beträchtliche Verminderung der Wärme des Körpers herbeiführt. Mit der Zunahme der Körperwärme oder der äußeren Temperatur steigt auch ihre Tätigkeit in gleichem Maße, so daß dann ihre Flüssigkeit in der Form von Tropfen hervortritt, die man eben als Schweiß zu bezeichnen pflegt. Die Schweißdrüsen sind in ganz besonderer Anzahl vorhanden und fehlen fast an keiner Stelle des Körpers. Ihre Zahl hat man auf 2300000 berechnet. Der Nutzen ihrer Tätigkeit besteht darin, die Zunahme der Körperwärme über einen ganz bestimmten Grad zu verhüten, indem dann die Flüssigkeit den Wärmeüberschuß nach außen abführt, deren Verdunstung auf der Körperoberfläche die Wärmeentziehung noch erhöht, da zur Verwandlung von Flüssigkeiten in Dampf bedeutender Wärmeeinwand erforderlich ist. Sie sind unaufföhrlich in Tätigkeit, wenn auch meist in unmerklichem Grade.

M. H. Baeg.

Eingänge.

In Freien Stunden. Romane und Erzählungen für das arbeitende Volk. Erster Halbjahresband des XIII. Jahrgangs 1909. Verlag: Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68.

Die Vereinsbibliotheken seien auf die geringelassenen Bände der Freien Stunden aufmerksam gemacht. Aus dem reichen Inhalt des vorliegenden Bandes erwähnen wir: Kenilworth, Roman von Walter Scott. Die Kummerjahre, Erzählung aus der russischen Revolution von S. A. Sawinkowa. Trinette, Skizze von Hermann Heijermans. Der Maschinist des Stintfang, Humoreske von W. W. Jacobs. Sidsels Hochzeitslichte, von Jette Kaakjer. Ein Tag aus dem Leben des Muskettiers Fitterer II, von Balder Olden.

Tod der Todesstrafe! Von J. Stern. Verlag: Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 58. 28 Seiten 8°. Preis 50 Pf., Vereinsausgabe 20 Pf.

Immer wieder wissen die Zeitungen von Hinrichtungen zu berichten und immer größer wird die Zahl derjenigen, die mit mehr oder minder großer Energie die Abschaffung der Todesstrafe verlangen. Auch der Verfasser der vorliegenden Schrift, unser bekannter Genosse Stern, wendet sich in beredten Worten gegen die Todesstrafe, die sich aus der Barbarei bis in unsere Tage erhalten hat. Stern führt die Gründe an, welche die Aufhebung der Todesstrafe notwendig machen und er belegt diese Aufforderung durch zahlreiche Aussprüche hervorragender Denker. Einige einleitende Worte der Broschüre sind der historischen Entwicklung der Todesstrafe bei den verschiedenen Völkern gewidmet.

Arbeiter-Jugend. No. 13, 1909. Verlag: Zentralstelle für die arbeitende Jugend Deutschlands.

Das Heft enthält u. a.: Die deutsche Fortbildungsschule. III. Kritische Bemerkungen von Joh. Hoffmann-Kaiserslautern. — Der Mensch als Droschkengaul von G. Eckstein. — Bilder von der Walze. Von K. Böttcher. — Die jugendlichen Arbeiter und die sozialen Gesetze. — Zur wirtschaftlichen Lage der arbeitenden Jugend. — Pranger der Lehrlingschinder. — Vom Krigsschauplatz. Beilage: Weil's recht war. — Erzählung von A. Ger. — Erinnerung. Von Wilh. Scharrelmann. — Ein Opfer unserer Kultur. — Der betrogene Teufel. Gedicht von Heinrich Seidel.

Illustrierter Neue Welt-Kalender für das Jahr 1910. Hamburg 1910. Buchdruckerei und Verlagsanstalt Auer & Co. 80 Seiten 4°, Preis 40 Pf.

Der im 34. Jahrgange vorliegende Kalender enthält u. a.: Kalendarium. — Postalisches. — Beachtenswerte Adressen. — Statistisches. — Rückblick. — Messen und Märkte. — Im Kreislauf des Jahres. — Wer schützt die nationale Arbeit? Von Hermann Molkenbuhr. — Streik. Gedicht von Alexander Voigt. — Die Prangerbank. — Erzählung von Ernst Zahn (mit Illustrationen). — Konsumvereine und Sozialdemokratie. Von Dr. August Müller (mit Illustrationen). — Zwischen den Aehren. Gedicht von Julius Zerfaß. — Die Rückseite des Mondes. Von Wilhelm Bölsche (mit Illustrationen). — Zitat. — Spitzel. Aus der russischen Konterrevolution. Erzählt von K. G. (mit Illustrationen). — Neue Saat. Gedicht von Franz Diederich. — Erlebtes und Erlebtenes. Ein Beitrag zur Geschichte des sozialistischen Polizeiwesens von Karl Frohne (mit Porträt). — Proletarietkinder. Bilder aus der Agitation. Von O. B. — Die Wasserratte. Erzählung von Clara Viebig (mit Illustrationen). — Vom Geseinderecht zur modernen Dienstbotenbewegung. Von Ida Baar. — Bildschmuck für Arbeiterheim. Ein Nachweis guter Bilder. Von Dr. Franz Diederich (mit Illustrationen). — Der Alte. Gedicht von Ludwig Lessen. — Zwei Katastrophen (mit Illustrationen). — Die wirtschaftliche Krise und ihre Wirkung. Von Robert Schmidt. — Der Balkan und die Balkanwirren. Von Heinrich Cunow (mit Illustrationen). — Unsere Toten (mit Porträts). — Fliegende Blätter. — Blinder Eifer. — Für unsere Rätsellöser. — Außerdem vier Bilder: Winterabend. — Liebesleute auf dem Lande. — Kartoffelernte. — Schnitter. — Ein Viertarndruck auf Kunstdruckpapier: Eingeschlafen. — Ein Wandkalender.

Stellengesuche
Tüchtiger Strich- und Autophotograph,
 in **Emulsion** firm, sucht Stellung. Lohn 34-36 Mk. [1,05]
Fritz Voigtländer, Breslau,
 Paulstraße 231 r.

Ia. Negativ-Retuscheur
 für feine **Genre- und Kunstsachen** sucht dauernde Stellung. Offerten an **van Loveren, Agram-Kroatien,** Potok 80. [1,-]

Stellenangebote
Tüchtige Retuscheure,
 mit feinsten **Maschinenretusche** vollständig betraut, zum sofortigen Antritt gesucht. [3,-]
J. G. Schelter & Giesecke, Leipzig,
 Reproduktionsanstalt.

Tüchtiger Farbenätzer
 findet sofort dauernde Stellung. Offerten mit Gehaltsansprüchen und Angabe des Eintritts an [3,-]
August Schuler, Stuttgart,
 Chemigr. Kunstanstalt.

Wir suchen zum möglichst baldigen Antritt einen
Strichätzer,
 welcher auch im **Autoätzen** Kenntnisse besitzt (jüngere Kluft), in angenehme dauernde Stellung. [3,60]
Böhme & Co., G. m. b. H., Magdeburg.

Verbandsnachrichten
 Der Lithograph
Alfred John Heinicke,
 geb. in Arbus (Dänemark) am 25. März 1876, wird ersucht, seinen Verpflichtungen gegen die Filiale I nachzukommen. Um Angabe der Adresse des Lithogr. Heinicke, bittet
Die Verwaltung der Filiale I München.
 Zuschriften an Kollegen **Ernst Mengel, München,** Edlingerplatz N. 211 erbeten. [1,95]

Unsern, uns unvergeßlichen Betriebsleiter, Herrn
Ernst Klingner
 aus Leipzig, sagen wir für sein unfreiwilliges Scheiden von uns noch besten Dank. [1,65]
Die Chemigraphen der Chemnitz Graphischen Kunstanstalt, Wolf & Co., Chemnitz.

Achtung! Mannheim!
 Auskunfterteiler u. Vorsitzender ist von jetzt ab **Carl Schultz, Mannheim,** Seckenheimerstr. 40, und sind alle diesbezügliche Korrespondenzen an diesen zu richten. [1,20]
Die Zahlstelle Mannheim.

Verspätet.
 Unserm lieben Vorsitzenden und Kassierer
Wilhelm Voigt
 bei seiner Abreise von hier nach Frankfurt a. M. ein herzliches Lebewohl und viel Glück im neuen Wirkungskreise. [3,-]
Die Kollegen der Zahlstelle Offenburg.

Verschiedenes
 Das beste Hilfsmittel bei **Chromodruck** ist **Chromopasta,** kg 4,50. Das beste Hilfsmittel bei **Bronzedruck** ist **Goldlack,** kg 5,-. Ich garantiere bei dem **saugfähigsten Papier** für unbedingten Halt der Bronze mit **Goldlack,** kg. 5,-. Für **Merkanil** ist das beste **Umdruckpapier** das **graufuchte,** Format 44:64, Buch 1,75. Zu beziehen durch
Gustav Köhler, [1,65]
Leipzig-Schönefeld, Dimpfelstr. 1,111

Die besten Spritzapparate
 für **Retusche** mit neuesten Verbesserungen liefert
Leipziger Tangier-Manier, Alexander Grube, Leipzig, Talstr. 4

„Bronsol“.
 Der neue Farbenzusatz zum Bronzedruck gibt feststehende glatte Bronze auch bei schlechten Papieren und ist sehr sparsam im Gebrauch. Kilo Mk. 4,-

„Matt-Lack“.
 Bestes, billigstes Farbenzusatzmittel gegen Kleben, Hart- und Blankwerden und Aufreißen der Abdrücke, Rinnen der Farbe, Spitzwerden der Zeichnung. Kein Kleben in der Prägepresse. Preis Kilo Mk. 3,50, bei 10 Kilo Mk. 3,- gegen Nachnahme.
F. Hanke, Maschinenmeister, **Hamburg 22, Bernhastr. 13,11.**

Fachliteratur.
Alois Senefelder und die Erfindung der Lithographie. Von Fritz Hansen. Preis inkl. Porto 50 Pf.
Der praktische Umdrucker. Von Bernh. Enders, umfaßt das Gesamtgebiet des Umd. Preis inkl. Porto 85 Pf.
Der Aluminiumdruck (Algraphie). Von K. Weilandt. Preis inkl. Porto 85 Pf.
Technischer Ratgeber für die Fabrikation von bedruckten Blechballagen und Plakaten. Von H. Bucher. Preis inkl. Porto 2,10 Mk.
 Zu beziehen durch den Verlag von **Conrad Müller, Schkeuditz.**